# KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 4 – September/Oktober 2012
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf

**In die Rezession?**
Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft werden trüber

**Konferenz in Argentinien**
4.000 kämpferische ArbeiterInnen versammeln sich in Buenos Aires

**NPA in Frankreich**
Die „Neue Antikapitalistische Partei“ steckt in einer immer tieferen Krise

# Dunkle Wolken über der Eurozone

**Trotz immer neuer Rettungsversuche ist kein Ende der Eurokrise in Sicht. Während Millionen Menschen in den südlichen Ländern gegen die Spardiktate auf die Straße gehen, ist Solidarität das Gebot der Stunde.**




Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale



# INHALT



Interview: Ein Jahr nach dem CFM-Streik
auf **www.klassegegenklasse.org**


Krise der deutschen Regierung
Seite 5



Krise der NPA in Frankreich
Seite 13



Krise der Eurozone
Seite 16


Krise des Bergbaus im Spanischen Staat
Seite 22

## KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 4



**Klasse Gegen Klasse:** Nummer 4, September-Oktober 2012; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Leon Feder, Wladek Flakin, Chucho Kahl, Suphi Toprak, Mark Turm; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Philippe Alcoy, Tom Hirschfeld, Victor Jalava, Max Karlmann, Alex Lehmann, Markus Oliver, Peter Robe, K.A. Stern; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.

**www. KLASSE GEGEN KLASSE .org**

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



**Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale**
**www.ft-ci.org**

**Argentinien**
Partido de los Trabajadores Socialistas
**www.pts.org.ar**

**Mexiko**
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente
**www.ltscc.org.mx**

**Bolivien**
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
**www.lorci.org**

**Brasilien**
Liga Estrategia Revolucionaria – Quarta Internacional
**www.ler-qi.org**

**Chile**
Partido de Trabajadores Revolucionarios
**www.ptr.cl**

**Venezuela**
Liga de Trabajadores por el Socialismo
**www.lts.org.ve**

**Costa Rica**
Liga de la Revolución Socialista
**lrscostarica.blogspot.com**

**Spanischer Staat**
Clase Contra Clase
**www.clasecontraclase.org**

**Frankreich**
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
**www.ccr4.org**

**Tschechien** (sympathisierend)
Mezinárodní Revoluční Organizace (RIO)
**www.rio.cz.tc**

**Deutschland** (sympathisierend)
Revolutionäre Internationalistische Organisation
**www.klassegegenklasse.org**



von der **Redaktion**

# Marxismus in der Krise

*„Die Euro-Zone bleibt der springende Punkt, das Epizentrum der Krise“*, sagte OECD-Chefökonom Padoan anlässlich der Veröffentlichung des OECD-Zwischenberichts zur Prognose der Wirtschaftsentwicklung der G7-Staaten[1]. *„Die globale Wirtschaft verliert an Fahrt, da wichtige Länder in Europa in eine Rezession rutschen, die jetzt weltweite Auswirkungen hat“*, lautete der Satz, den wohl die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands zitternd zitierte, denn die OECD sieht auch die bundesdeutsche Wirtschaft in die Rezession gehen. Zwar konnte die deutsche Industrie ihre Exportverluste durch Geschäfte außerhalb der Eurozone ausgleichen, doch zeigen die Nachrichten aus China, dass dies keinerlei langfristige Lösung für die Kapitalverwertung der deutschen Bourgeoisie ist. Trotz dieses Ausweichens auf andere Märkte schaut die Welt auf Europa, als dem für die weitere Entwicklung der Krise bedeutendstem Schauplatz.

Die Analyse der Situation ist eine der Säulen des revolutionären Marxismus, der wir auch in dieser Ausgabe Artikel widmen. Leider beschränkt sich die revolutionäre Linke in ihren Analysen meist auf eine beschreibende Rolle und bietet, wenn überhaupt, dann nur „jetzt wohl mögliche“ Wege an, tut so, als wäre sie selbst und die ArbeiterInnenklasse nicht ein zentraler Faktor im Verlauf der Krise. Die strategische Frage, die Kernfrage des Kommunismus (als wissenschaftlichem Sozialismus), wird durch eine Fülle von Taktiken ersetzt, die keine organische Verbindung zwischen Minimal- und Maximalprogramm herstellen.

Nachdem im vergangenen Jahr die Empörten auf der *Puerta del Sol* in Madrid und weltweit Teile der revolutionären MarxistInnen in die Gefilde postmoderner Ideologien führte (was nicht zum ersten Mal geschah), hat der Kampf der asturischen BergarbeiterInnen die Kraft der lohnabhängigen Klasse als Bezugspunkt aller Bewegung gegen die Krise bewiesen.

Natürlich lachen viele Linke, gerade hierzulande, immer noch abschätzig oder wehklagen angesichts einer ArbeiterInnenklasse, die weit entfernt von der Erfüllung ihrer historischen Aufgabe scheint. Abgesehen davon, dass die VertreterInnen des Opportunismus die Augen vor der Sprunghaftigkeit der politischen Entwicklung verschließen, besteht natürlich sehr wohl eine Krise der proletarischen Subjektivität, des Bewusstseins unserer Klasse über ihre Interessen, ihre Macht und ihre daraus hervorgehenden Aufgaben. Es ist somit die Aufgabe aller RevolutionärInnen, ein Verständnis über die Entwicklungen der Klassenverhältnisse zu erarbeiten und dies mit dem Ziel der Machteroberung der ArbeiterInnenklasse der Errichtung eines ArbeiterInnen-Halbstaats, der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für die Schaffung einer freien klassenlosen Gesellschaft zu verbinden. In jedem Kampf müssen RevolutionärInnen darauf hinwirken, dass die Kämpfenden selbst demokratisch über den Kampf entscheiden. Ziel ist die Schaffung von Organen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung, mit Wählbarkeit und auch jederzeitiger Abwählbarkeit der VertreterInnen, als erste Keimformen von Räten, die den Kampf für ArbeiterInnenmacht auf nationaler Ebene und darüber hinaus vorantreiben. Dies ist knapp zusammengefasst, was wir *sowjetische Strategie* nennen. Die Diskussion der Frage der Strategie stellt für RIO und für unsere gesamte internationale Strömung, die Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI), die wichtigste Diskussion für eine Neugruppierung der revolutionären Linken dar.

Denn viele Kräfte des revolutionären Marxismus haben sich in Taktiererei verloren, scheuen sich, offen die Notwendigkeit des massenhaften und gewaltsamen Sturzes der bestehenden Ordnung zu erklären, als notwendige Antwort der LohnsklavInnen auf die Krise, und kapitulieren vor der Versuchung, linksreformistische Zwischenlösungen zu propagieren. Gerade am Beispiel Griechenlands wird dies deutlich, wo selbsternannte VorkämpferInnen der sozialistischen Revolution in der Situation extrem zugespitzter Klassenverhältnisse – Lichtjahre entfernt von der revolutionären Kühnheit einer Rosa Luxemburg –, den ArbeiterInnen und Jugendlichen verkünden, SYRIZA sei die richtige Wahl und eine ArbeiterInnenregierung ließe sich vom Parlament aus bilden. Eine Mode, der selbst linkere Teile des trotzkistischen Spektrums verfallen, statt zu versuchen, mit den fortschrittlichsten Sektoren der Kämpfe Schritte zur Vorbereitung der Machteroberung zu machen. Denn ein Bruch mit SYRIZA und bürgerlichen „Krisenlösungen“ ist nötig, die ArbeiterInnen brauchen ein eigenes unabhängiges Programm zur Ergreifung von Maßnahmen gegen die Folgen der Krise der Banken und Konzerne.

Statt mit ihrem programmatischen Inhalt immer da zu sein, wo die Massen gerade bzw. noch sind, ist es die Methode der FT, darauf zu achten – ohne Verwässerung des revolutionären Programms – mit den fortschrittlichsten, kämpferischsten Teilen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu fusionieren. Es ist nämlich keinesfalls die Methode des Übergangsprogramms (welches wir kürzlich als Broschüre neu herausgegeben haben), sich dem Massenbewusstsein anzupassen, sondern dort anzusetzen, mit einer Taktik, die Teil einer revolutionären Strategie sein muss. Das ist leichter gesagt als getan, gerade weil im real existierenden Trotzkismus seit mehr als einem halben Jahrhundert eine Tradition der zentristischen Anpassung besteht, die auch äußerst sektiererische Politik mit einschließt.

Nicht unabhängig davon erkennt ein großer Teil der revolutionären Linken die Notwendigkeit einer Umgruppierung, des Zusammenschlusses zu schlagkräftigeren Formationen an. Doch auch hier zeigt sich die mangelnde Überzeugung vom revolutionären Programm und die Bereitschaft, Teile dessen zu verstecken oder gar aufzugeben. Die notwendige Umgruppierung ist nicht eine organisatorische, sondern eine politische: Die Antwort auf die Zersplitterung und Schwäche der radikalen Linken ist die Wiedererlangung der politischen und programmatischen Basis des revolutionären Marxismus; notwendig für den Sieg über das System der Banken und Konzerne ist der politische Wiederaufbau der Vierten Internationale. Diese Diskussion wollen wir auch mit der vierten Ausgabe vorantreiben.

1. Handelsblatt: „OECD erwartet Rezession in Deutschland“. 6. September 2012. http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/wirtschaft-schrumpft-oecd-erwartet-rezession-in-deutschland/7101654.html. Padoans Formulierung erinnert damit an den Artikel „An den Grenzen der bürgerlichen Restauration“ in Klasse gegen Klasse Nr. 1. http://www.klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-burgerlichen-restauration/.



# Was ist Zentrismus?

**Frage:**
Ich lese öfter in Euren Publikationen den Begriff Zentrismus. Was ist das?

**Antwort:**

Mit Zentrismus meinen MarxistInnen all jene Kräfte, die zwischen reformistischen und revolutionären Positionen schwanken. Der Begriff entstand als Bezeichnung eines Flügels innerhalb der SPD, das „marxistische Zentrum" um Kautsky und Bebel, das zwischen dem rechten und dem linken Flügel schwankte. Zentristische Organisationen entstehen oftmals unter dem Druck von Massenradikalisierungen. So entstand in der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland die USPD, die zwischen der SPD und der KPD schwankte und schließlich an ihrer eigenen Gegensätzlichkeit scheiterte. In den 30ern entstanden aus der Zweiten und der Dritten Internationale eine Reihe von zentristischen Organisationen, die mit dem Reformismus ihrer Mutterparteien gebrochen hatten, aber keine konsequent revolutionäre Politik entwickelten. Die Vorgängerorganisation der Vierten Internationale – die Internationale Linke Opposition – versuchte, durch Zusammenarbeit und gleichzeitiger scharfer Kritik solche zentristischen Kräfte für den Marxismus zu gewinnen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die trotzkistische Bewegung selbst zentristisch. Das spiegelte jedoch nicht so sehr den Gegensatz zwischen revolutionären Massen und einer reformistischen Führung wider, sondern eine starke Anpassung an die stalinistischen und reformistischen Apparate. Die Kräfte des trotzkistischen Zentrismus verzichteten auf zentrale Teile ihres eigenen Erbes und versuchten, den Trotzkismus mit verschiedenen Formen des Stalinismus (Titoismus, Guevarismus usw.), mit reformistischen Apparaten und kleinbürgerlichen Bewegungen zu versöhnen[1].

*„Die drei Hauptströmungen der zeitgenössischen Arbeiterbewegung, Reformismus, Kommunismus und Zentrismus, ergeben sich mit Notwendigkeit aus der objektiven Situation des Proletariats im gegenwärtigen imperialistischen Regime der Bourgeoisie."*[2]

Der Reformismus ist eine Strömung, die aus der privilegierten Oberschicht der ArbeiterInnenklasse hervorgeht und deren Interessen auf der Ebene der Ideologie zum Ausdruck bringt. Der Wohlstand in einem imperialistischen Land wie Deutschland ermöglicht einige Privilegien für die ArbeiterInnenklasse durch die Ausbeutung und Unterdrückung der imperialisierten Länder. Der Reformismus versucht diese Privilegien und das System, aus dem sie kommen, zu verteidigen. Demgegenüber ist eine revolutionär-marxistische, also trotzkistische, Politik auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Herrschaft ausgerichtet. Diese Politik stützt sich auf die bewusstesten und erfahrensten Teile der ArbeiterInnenklasse. Sie ist allerdings in nicht-revolutionären Zeiten eine Minderheit im Proletariat und wird auch als „Avantgarde" bezeichnet.

Zwischen den beiden grundlegenden Polen der ArbeiterInnenbewegung bewegen sich viele Übergangsströmungen und –gruppierungen. Der Zentrismus vertritt politisch unentschlossene Teile im Proletariat und ist daher meist nicht langlebig. Trotzki schrieb: *„Der Zentrismus mag nicht beim Namen genannt werden."*[3] Zentristische Gruppierungen ignorieren die Kategorie des Zentrismus und verdecken somit meist ihre eigene Haltung zu reformistischen und revolutionären Positionen. Der Reformismus behält in ruhigen Zeiten oft die Oberhand, jedoch besteht während einer Krise die Möglichkeit, dass die Massen sich revolutionären Kräften zuwenden. Während dieses Prozesses, vom reformistischen zu einem revolutionären Bewusstsein, traten historisch immer wieder Spannungen in den ArbeiterInnenparteien auf, die zu Abspaltungen führten. Während die Massen sich in ständiger Bewegung befanden, verkörperte der Zentrismus einen zeitlich beschränkten Moment auf diesem Weg. Das politische Konzept dieser Gruppierungen ist Ausdruck der halbherzigen Überwindung des Reformismus und bedeute letztlich das Fernhalten der Massen von revolutionären Positionen. Daher bedarf es einen besonderen Umgang mit diesen Kräften.

Es gibt auch in ruhigen Zeiten in verschiedenen Nuancen zentristische Kräfte. Sie sind Überbleibsel der historischen Krisen der ArbeiterInnenbewegung. Dennoch können diese zentristischen Kräfte erneut stärker werden, aber auch neue entstehen, was angesichts der weltweiten Krise eine reale Option darstellt.

Eine konsequente Überwindung des Reformismus kann nur mithilfe eines revolutionären Programms funktionieren, welches in der realen ArbeiterInnenbewegung seine Überlegenheit beweist. Dazu ist der Aufbau einer revolutionären Partei nötig, die eine sowjetische Strategie verfolgt und die Notwendigkeit der Machtübernahme der ArbeiterInnenklasse und der Etablierung einer Diktatur des Proletariats propagiert. Teil des Aufbaus einer solchen Partei ist die Fusion mit den fortgeschrittensten Teilen des Proletariats und der Jugend, wozu auch der Versuch gehört, sich im Zuge der politischen Entwicklung auf der Basis eines revolutionären Programms mit zentristischen Kräften, die sich nach links bewegen, zu vereinigen.

Trotzki beschrieb in seinem Werk „Der Zentrismus und die IV. Internationale" einige Merkmale des Zentrismus: *„Der Zentrismus ist theoretisch amorph und eklektisch; Er meidet nach Möglichkeiten theoretische Festlegungen und ist (in Worten) geneigt, der ‚revolutionären Praxis' gegenüber der Theorie den Vorzug zu geben, ohne zu begreifen, dass allein die marxistische Theorie der Praxis eine revolutionäre Richtung geben kann."*[4]

Da eben Zentrismus keine vollständige Überwindung des Reformismus ist, ist dieser geneigt, gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie oder reformistischen Kräften eine diplomatische Beziehung aufzubauen. Anstatt die ArbeiterInnenklasse auf dem Weg zur Selbstaktivität zu begleiten, gehen zentristische Kräfte auf diplomatische Kompromisse ein. Dafür haben wir zum Beispiel die Gruppe „SAV" bei den Streiks an der Berliner Charité kritisiert[5]. Die NPA in Frankreich ist ein modernes Beispiel des Zentrismus: sobald sie nicht unter revolutionärem Druck stehen, fallen sie in den Reformismus zurück.

Revolutionäre Organisationen sind ständig zentristischem Anpassungsdruck ausgesetzt. Notwendig ist deshalb eine ständige Auseinandersetzung mit dieser Gefahr der Anpassung. Revolutionäre MarxistInnen setzen deshalb auf die Selbstorganisierung der ArbeiterInnenklasse und setzen sich mit reformistischen und zentristischen Kräften auseinander – durch Zusammenarbeit und auch Kritik, um eine revolutionäre Politik jetzt und hier zu entwickeln. *st*

1. Für eine ausführliche Erklärung dieser Entwicklung, siehe den Artikel „An den Grenzen der bürgerlichen Restauration" in Klasse Gegen Klasse Nr. 1. http://www.klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-burgerlichen-restauration/
2. Leo Trotzki: Was ist Zentrismus? In: Schriften 3.3. S. 285.
3. Leo Trotzki: Der Zentrismus und die IV. Internationale. Schriften 3.3. S. 524.
4. Ebd.
5. Siehe den offenen Brief „Welche Strategie in der ArbeiterInnenbewegung?" in unserer Broschüre zum CFM-Streik. http://www.klassegegenklasse.org/welche-strategie-in-der-arbeiterinnenbewegung/

# Die Regierung in der Krise ...

## ... und die „Opposition" in ihren Fußstapfen

von **Markus Oliver** (RIO, Berlin)

CSU-Chef Horst Seehofer ist gerade über die Krisenpolitik der Merkel-Regierung so wütend, dass er dieses Promo-Foto aufnehmen ließ.

Die politische Situation in Deutschland ist vor allem durch die Krise in der Eurozone geprägt. Nicht zuletzt mit der Verschärfung dieser Krise im Spanischen Staat verstärken sich die politischen Widersprüche der deutschen Politik. Die deutsche Außenpolitik steht in Wechselwirkung mit der politischen Lage im Inland. Dort drohen der Regierung verschärfte innere Widersprüche und der eigene Gesichtsverlust. Die „Opposition" steht ein weiteres Mal bereit, ihre historische Rolle als Retter des kapitalistischen Systems einzunehmen.

## Innerimperialistische Konflikte auf dem EU-Gipfel

Um die Situation der deutschen Regierung zu verstehen, müssen wir bei der EU-Krisenpolitik beginnen. Der EU-Gipfel Ende Juni war Austragungsort sich verschärfender Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten der EU. Dies zeigte sich darin, dass der Block der Minister- und Staatspräsidenten Monti (Italien), Rajoy (Spanischer Staat) und Hollande (Frankreich) das bisherige Dogma der deutschen Krisenpolitik brechen konnte: die Ablehnung direkter Rekapitalisierungen von Banken. Seitdem dürfen Banken unter bestimmten Umständen Hilfsgelder aus den EU-Töpfen beantragen.

Dieser ökonomische Taschenspielertrick gegenüber herrschendem EU-Recht konnte die Krise zwar nicht stoppen, sondern nur kurzfristig aufschieben[1]. Seine machtpolitische Wirkung wird dadurch jedoch nicht geschmälert: Der Anti-Merkel-„Block" der „Mittelmeerstaaten" inklusive Frankreich setzte sich medienwirksam gegen das deutsche „Nein" durch – nach Montis Aussage sogar mit Unterstützung der USA. Diese befinden sich schon länger im Widerspruch zur deutschen Krisenpolitik. Zwischen Wahlkampf und krisenhafter Exportindustrie verlangt Obama nach einer inflationären Krisenlösung anstelle der bisherigen Austeritätspolitik, um den Euro gegenüber dem Dollar zu schwächen.

Die Signale des Widerstandes gegen Merkel sind jedoch nicht eindeutig. Die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in der EU wird noch nicht offen angegriffen. Zusätzlich zementierte der letzte EU-Gipfel den Einfluss des deutschen Imperialismus' auf die europäischen Finanzinstitutionen: Er beschritt Wege zu einer höheren Kontrolle des europäischen Bankensektors, die den Einfluss Deutschlands auf die Banken anderer EU-Staaten vergrößern wird.

Dennoch ist die initiale Bildung eines „Mittelmeerblocks" gegen die deutsche Regierung ein Anzeichen kommender, größerer innereuropäischer Konflikte – wenn auch das momentane Zusammenrücken bisher nicht mehr als die Furcht vor den deutschen Spardiktaten ausdrückt. Zwar ändert die deutsche Regierung ihren Kurs zumindest gegenüber Italien und Spanien weg von knallharten Spardiktaten hin zu einer Politik des Entgegenkommens. Trotzdem dürften sich die herrschenden Klassen der Mittelmeerstaaten unter der Führung von Frankreich seit dem EU-Gipfel zu mehr eigenständiger Politik ermutigt fühlen. Dies sind erste Bruchlinien, die eine mögliche Konstellation nach einem Kollaps der EU aufzeigen könnten: eine „Mittelmeer-Union" unter Führung Frankreichs gegen einen nord- und osteuropäischen Block unter der Führung Deutschlands.

## Uneinigkeit in der herrschenden Klasse

Es zeigen sich also Tendenzen, dass der merkelsche Kurs in Europa unter immer mehr Beschuss von außen kommt. So etwas schlägt sich natürlich auch in der politischen Lage des Inlands nieder. Dort nimmt die Uneinigkeit über die deutsche Krisenführung zu. Darauf weisen verschiedenste Debatten der letzten Monate hin: Briefe verschiedener Fraktionen von WirtschaftswissenschaftlerInnen, Volksentscheid-Debatte zum Fiskalpakt, CSU-/FDP-Debatte zum Rauswurf Griechenlands aus dem Euro usw. usf.

Im Grunde scheint es in der herrschenden Klasse und ihren Parteien zwei Fraktionen zu geben. Zum Einen gibt es einen „harten Kern", der um jeden Preis die Sparpolitik aufrechterhalten will. Zumindest gegenüber Griechenland und teilweise aus populistischen Gründen des WählerInnenfangs. Politischer Ausdruck dieser Fraktion sind FDP und CSU, die kürzlich durch besonders extremen Chauvinismus gegenüber Griechenland von sich reden machten. Innerhalb der FDP wirkt sich diese Haltung auf den Machtkampf zwischen Rösler und Westerwelle aus. Ziel dieser radikalen Sparpolitik war ursprünglich die Umstrukturierung des südeuropäischen Arbeitsmarktes: so auch die neuen Gerüchte über eine „Sonderwirtschaftszone Griechenland". Sie sollte die Produktivität deutscher Unternehmen im Ausland stärken. Gleichzeitig sollten politische Fakten geschaffen werden, um zukünftige Spardiktate im deutschen Inland vorzubereiten. Vor allem aber sollten die Spardiktate die südeuropäischen Wirtschaften so umgestalten, dass sie aufnahmefähig für deutsche Exporte bleiben.

Doch genau dieses Ziel scheint durch die Erfahrungen mit dieser bisherigen Krisenpolitik bedroht. Aus der Angst vor dem wirt-

1. Zur Eurokrise siehe den Artikel auf S. 16 in dieser Ausgabe.



schaftlichen Kollaps nährt sich ein anderer Sektor. Dieser Sektor sieht in der harten Sparpolitik und der Ablehnung einer gemeinsamen Schuldenpolitik in der EU (Eurobonds, Banklizenzen für ESM, Staatsanleihenkauf durch EZB etc.) keine positive Zukunft. Hier finden sich entsprechend die Teile der deutschen Exportindustrie, wie Auto- und Maschinenproduktion. Diese industriellen Sektoren wollen die Sparpolitik zwar nicht abbrechen, jedoch abschwächen und durch Maßnahmen der Wachstumsförderung erweitern.

So eine Kursänderung stellt die Regierung vor das Problem des Gesichtsverlusts, denn der bisherige Krisenkurs wurde stets als alternativlos propagiert. Vor allem die Debatte um den Fiskalpakt zeigt die Schärfe dieser Situation. Der Fiskalpakt sollte die deutschen Spardiktate vertiefen. Der Widerstand gegen ihn verschärfte sich jedoch von innen und von außen so weit, dass es inzwischen zu einer Erweiterung des Fiskalpakts um wachstumsverstärkende Maßnahmen kam – eine Änderung, die die deutsche Regierung monatelang abgelehnt hatte. Um den drohenden Gesichtsverlust zu vermeiden, wurde eine Debatte um eine Volksabstimmung über den Fiskalpakt aufgenommen. Im skurrilen Einklang mit der Linkspartei forderten Teile der CDU und CSU einen Volksentscheid.

So ein Volksentscheid soll der lohnabhängigen Klasse in Deutschland jedoch keinen Raum zur wirklichen Abstimmung über den Fiskalpakt bieten. Er soll ausschließlich eine sichere Legitimation der Politik von Merkel darstellen. In seiner konkreten Form stellt er eine Erpressung der Massen dar. Er wäre eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Ein anderes Beispiel ist der Vorschlag einer Volksabstimmung über das griechische Memorandum Ende letzten Jahres. Es muss festgestellt werden, dass Volksentscheide in der bürgerlichen Demokratie im Allgemeinen nur Instrumente des „Dampfablassens" darstellen und das Regime stabilisieren und legitimieren sollen. Dass eine Volksabstimmung von Teilen der herrschenden Klasse in Betracht gezogen wird, ist Ausdruck einer sich vertiefenden Krise des Regimes im Allgemeinen. Von der internationalen Situation mit ausgelöst, wirkt sie auch darauf zurück. Sie verstärkt die zunehmenden Schwierigkeiten der Merkel-Regierung, ihren unilateralen Kurs den europäischen KonkurrentInnen/„PartnerInnen" aufzuzwingen.

# Auf dem Weg in die Rezession

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Es schien bislang zum Allgemeinwissen zu gehören, dass die Eurokrise zwar politische, aber kaum wirtschaftliche Auswirkungen auf Deutschland haben würde. Doch dass das nur ein Mythos ist, zeigt sich immer deutlicher.

Denn die deutschen Profite sind durch die Weltwirtschaftskrise mit Epizentrum im Euroraum zunehmend gefährdet. Dies zeigt sich nicht nur in der düsteren Zukunftsaussicht für die deutsche Wirtschaft, falls der Euro (oder gar die EU) zerbrechen würde (auch wenn die PopulistInnen von CSU und FDP uns anderes weismachen wollen). Nein, schon heute befindet sich Deutschland laut der OECD auf dem direkten Weg in die wirtschaftliche Rezession[1].

Dies liegt vor allem am Einbruch der Exporte in die südeuropäischen Länder, die bisher am stärksten von der Krise (und damit von den von deutscher Seite geforderten Sparauflagen) betroffen sind. Denn die EU und speziell der Euroraum sind trotz Rückgang immer noch der größte Absatzmarkt für deutsche Exportwaren[2]. So mussten die Maschinen- und Anlagenbauer im Juli zum neunten Mal hintereinander ein Auftragsminus zum Vorjahr hinnehmen; und wenn auch die deutsche Industrie als Ganze mit +0,1% (davon +1,0% Binnen- und +0,1% Auslandsnachfrage) zumindest einen leicht positiven Auftragstrend von Juni auf Juli 2012 verzeichnen konnte, fielen die Exportaufträge nach einer Umfrage des Markit-Instituts unter 500 Firmen im August so stark wie seit drei Jahren nicht mehr[3]. Daran kann auch der Fakt nichts ändern, dass die deutsche Industrie eine bemerkenswerte geographische Umorientierung ihres Exports in Richtung der BRICS-Staaten versucht.

## Krise der Autoindustrie

Die Auto- und Maschinenbauindustrie spielt für die deutsche Wirtschaft eine herausragende Rolle, und daher ist die Krise dieses Industriezweigs auf deutscher (und auch europäischer) Ebene von großer Signalwirkung: Ein DIW-Wochenbericht vom August 2012 zeigte zwar einerseits, wie dieser Wirtschaftszweig seine Exporte nach Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika massiv ausbauen und somit den Einbruch der Exporte nach Südeuropa abfedern konnte: Während 60% (bzw. 47%) der Pkw-Exporte weiterhin nach Europa (bzw. die Eurozone) gingen, gelang es der Autoindustrie, den Anteil der Pkw, die in die BRICS-Staaten exportiert wurden, um 30% zu steigern (mit China als klarem Spitzenreiter), während der Absatz nach Südeuropa von 22% auf 14% fiel[4]. Andererseits jedoch weisen große infrastrukturelle Hindernisse dieser Länder die deutschen Expansionsversuche in ihre Grenzen. Denn diese Länder – vor allem China – sind erstens selbst stark exportabhängig und daher selbst von der Weltwirtschaftskrise betroffen, und zweitens wächst ihr Binnenmarkt viel zu langsam, um die Ansprüche der deutschen Exportindustrie langfristig befriedigen zu können.

Und so macht sich ein strukturelles Problem der deutschen (und weltweiten) Industrie bemerkbar: Insbesondere die langfristige Konsumgüterindustrie und die Maschinenbauindustrie leidet an einer strukturellen Überproduktion auf der Grundlage einer strukturellen Überakkumulation von Kapital, die auch der Hauptgrund der Finanzmarktkrise seit 2007/8 ist. Das heißt, die Industrie ist hochproduktiv und kann z.B. hunderttausende Autos jährlich herstellen, die aber keinen Absatzmarkt finden und somit nicht in Profit umgewandelt werden können. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die deutsche Autoindustrie in einer tiefen Krise befindet, die durch die „Abwrackprämie" der Großen Koalition 2009 nur aufgeschoben werden konnte und heute in der Krise von Opel, durch die zehntausende ArbeiterInnen von Kurzarbeit oder sogar von Massenentlassungen durch die Werksschließung in Bochum bedroht sind, ihren tiefsten Ausdruck hat. Dass sich diese Überproduktionskrise nicht nur auf Deutschland beschränkt, zeigen auch Fiat in Italien und vor allem Peugeot/PSA in Frankreich,

1. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/oecd-deutschland-rutscht-in-die-rezession-11881164.html,
2. http://www.welt.de/wirtschaft/article106403531/Deutscher-Export-in-Euro-Krisenlaender-bricht-ein.html.
3. Vgl. FAZ: OECD.
4. DIW Wochenbericht Nr 34. 2012

In diese Situation fügt sich auch die sich verschärfende wirtschaftliche Krise in Deutschland selbst ein. Die deutsche Autoindustrie bekommt immer stärkere Absatzschwierigkeiten (siehe Kasten), Massenentlassungen wie bei Schlecker werden immer häufiger, und der Geschäftsklima-Index, der die Investitionsabsichten der Unternehmen abbildet, befindet sich auf einem rapiden Weg nach unten. Dabei begründen die KapitalistInnen ihre Entscheidungen, indem sie auf die schwierige Geschäftslage, auf die gemachten Verluste – wie bei Opel und Schlecker –, auf die Notwendigkeit der Rationalisierung der Arbeitsprozesse verweisen, und kürzen in der Folge Löhne, wie es in manchen Sparten der Autoindustrie mit der Wiedereinführung der Kurzarbeit, jener verdeckten Form der Teilarbeitslosigkeit, bereits geschieht. Aber: *„die Arbeiter können und wollen ihren Lebensstandard nicht den Erfordernissen einzelner Kapitalisten anpassen, die ihrem eigenen System zum Opfer gefallen sind. Die Aufgabe besteht darin, das ganze Produktions- und Verteilungssystem auf rationelleren und würdigeren Grundlagen zu reorganisieren. Wie die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses die notwendige Bedingung der Arbeiterkontrolle ist, so ist diese Kontrolle der erste Schritt auf dem Wege zu sozialistischen Lenkung der Wirtschaft.“*[2]

## Zur parlamentarischen „Opposition“: Der angebliche Linksschwenk der SPD

In dieser krisenhaften Lage kommt der Opposition großes Gewicht zu. Die SPD reagierte darauf augenscheinlich mit einem rhetorischen Linksschwenk. In der Debatte um die Steueraffären mit der Schweiz gibt sie den regulierenden Vorschlägen der Regierung eine Abfuhr, weil diese nicht hart genug gegen „Steuersünder“ durchgreifen würden. Im Inland redet sie in Tönen eines „sozialen Patriotismus“ von Vermögenssteuern. Auf internationaler Ebene gibt sie dem Ausdruck, indem sie in Frankreich den sozialdemokratischen Hollande auch gegen den Merkel-Verbündeten Sarkozy unterstützte.

2. Leo Trotzki: Das Übergangsprogramm. Siehe die Neuauflage des Übergangsprogramms vom „Trotzki-Archiv“ auf S. 29 in dieser Ausgabe.

---

wo die Schließung des Werkes in Aulnay bei Paris ein Ausdruck der tiefsten Krise der französischen Autoindustrie seit dem Zweiten Weltkrieg ist[5].

Insgesamt befindet sich die deutsche Industrie vor einem strukturellen Problem der Absatzmärkte, verschärft durch die Krise in den südeuropäischen Ländern, und muss seine Exportstrategie überdenken. So findet eine immer stärkere Umorientierung nach Osten, insbesondere Osteuropa, Russland und China statt[6], doch die geringe Binnennachfrage dieser Länder stellt die Profite der deutschen Industriebosse mittelfristig in Frage. Dies ist auch ein Grund, warum der bisherige harte Kurs der Umstrukturierung der Eurozone durch Angela Merkel von immer größeren Teilen der herrschenden Klasse Deutschlands kritisiert wird, die sich davor fürchten, dass der harte Sparkurs zum Zusammenbruch der Eurozone führen könnte, denn eine Alternative zum Euro und zur EU, welche ähnliche Profite bescheren könnte, ist nicht in Sicht.

## Auswirkungen auf die Lohnabhängigen

Während sich nun zu zeigen beginnt, dass die Krise die Profite der deutschen herrschenden Klasse zu schmälern beginnt, wird es natürlich nicht diese Klasse sein, die die Einbußen ausbaden soll. Stattdessen sollen die Kosten der Krise auf die ArbeiterInnen abgeladen werden – vor allem in Südeuropa, aber immer mehr auch in Deutschland. In 16 der 27 EU-Länder sinken die Reallöhne im Gefolge der Wirtschaftskrise, schätzt das gewerkschaftsnahe Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung[7]. Schon seit Jahren schreitet die Prekarisierung weiter Teile der ArbeiterInnenklasse voran[8], und auch die Arbeitslosenzahlen steigen wieder an. Dies ist insbesondere durch die Häufung von Massenentlassungen, sowohl im hochindustriellen Bereich wie bei Opel oder bei Siemens[9] zu befürchten, als auch im prekären Niedriglohnsektor, wie bei Schlecker, wo nach der Insolvenz immer noch über 15.000 ehemalige Beschäftigte arbeitslos sind[10]. Ein weiteres Resultat ist die jüngst selbst von Arbeitsministerin von der Leyen konstatierte steigende Altersarmut, von der nach aktuellem Stand mehr als ein Drittel der Bevölkerung betroffen sein könnte[11].

Dies alles zeigt, dass die Antworten, die die herrschende Klasse in Deutschland und europaweit auf die Krise haben, für die lohnabhängigen Massen nichts als Misere bedeuten. Um das Beispiel der Autoindustrie wieder aufzugreifen: Obwohl sich die Beschäftigtenzahl in der europäischen Autoindustrie seit 1980 halbiert hat[12], konnte das die strukturellen Probleme der Industrie nicht lösen. Wenn also die Herrschenden wieder nur Entlassungen als „Weg aus der Krise“ anzubieten haben, müssen wir, ArbeiterInnen und Jugendliche, die Enteignung der Fabriken und die Verstaatlichung der Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle fordern – der einzige Weg zur Rationalisierung der Produktion, der nicht auf Kosten der ArbeiterInnen und ihrer Familien geht. Ein solches Programm der Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle müsste mindestens die Öffnung der Geschäftsbücher, eine gleitende Skala der Arbeitszeit (also die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Schultern bei vollem Lohnausgleich), eine Abnahme- und Investitionsgarantie seitens des Staates, die demokratische Planung und Kontrolle aller Abläufe in den Fabriken (seien sie in der Produktion oder der Verwaltung angesiedelt) mittels regelmäßiger Versammlungen aller ArbeiterInnen in und außerhalb der Gewerkschaft, sowie die Rotation und jederzeitige Abwählbarkeit der Delegierten beinhalten.

Im Kleinen zeigte die Keramikfabrik Zanon in Argentinien[13] wie eine solche demokratische Kontrolle der Produktion aussehen kann. Da jedoch Inseln der demokratischen Planwirtschaft im kapitalistischen Meer nicht existieren können, ist der Aufbau einer revolutionären Partei nötig, die diese Erfahrungen über die einzelne Fabrik ausdehnt und im Kampf für eine sozialistische Revolution verallgemeinert.

5. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/entlassungen-bei-peugeot-flaechenbrand-in-europas-autoindustrie-11818061.html.
6. Zu diesen Tendenzen vgl. den Artikel: „In welcher Etappe der Eurokrise befinden wir uns?“ in Klasse gegen Klasse Nr. 3. http://www.klassegegenklasse.org/in-welcher-etappe-der-eurokrise-befinden-wir-uns/.
7. Vgl. FAZ: OECD.
8. Zu Prekarisierung siehe den Artikel auf S. 10 in dieser Ausgabe.
9. http://www.jungewelt.de/2012/08-22/056.php.
10. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/insolvente-drogeriekette-15-000-schlecker-frauen-suchen-noch-arbeit-11880142.html.
11. http://www.morgenpost.de/printarchiv/titelseite/article108934877/Von-der-Leyen-Altersarmut-droht-schon-bei-2500-brutto.html.
12. Vgl. FAZ: Entlassungen.
13. Broschüre: Zanon gehört den ArbeiterInnen! http://www.klassegegenklasse.org/broschure-zanon-gehort-den-arbeiterinnen/.



Dagegen ist festzustellen, dass sich bei der SPD eine Kontinuität der Unterstützung von den ersten Bankenrettungen 2009 bis hin zur Frontstellung für den Fiskalpakt zeigt. Die Inhalte hinter ihrem aktuellen rhetorischen Linksschwenk sind nur Angebote von alternativen Strategien an die herrschende Klasse Deutschlands. Ihre vermeintlich harte Stellung gegen „Steuersünder" in der Schweiz ist in Wahrheit ein Angebot an die herrschende Klasse, kleinere Opfer zu bringen, um von den größeren Übel des Kapitalismus abzulenken.

Obendrein schürt die SPD damit die Illusion eines angeblichen Sozialstaats. Wenn dieser um Steuern betrogen würde, würden mit ihm alle BürgerInnen betrogen. Doch die lohnabhängigen unter diesen BürgerInnen sehen spätestens seit 2009, wohin die Steuergelder wirklich gesteckt werden: Bankenrettungen und Kriegsfortführungen hatten wir mit diversen sozialen Einschnitten zu bezahlen.

Besonders anzugreifen ist ihre Parole des „sozialen Patriotismus". Sie ist nichts anderes als die Kehrseite der ArbeiterInnenfeindlichen „Standortlogik". Mit der Vermögenssteuer bietet die SPD der herrschenden Klasse eine hinterlistige Taktik, um eine angebliche nationale Schicksalsgemeinschaft vorzuheucheln. Die KapitalistInnen sollen heute ein paar Euro Almosen von dem Mehrwert zurück geben, den sie uns täglich an den Arbeitsplätzen stehlen. Diese Almosen sollen dann im Gegenzug in den Tarifverhandlungen und Schuldenbremsen von Morgen als Begründung dafür dienen, dass die lohnabhängige Bevölkerung ein weiteres mal „ihren Teil" zur nationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen soll. Nebenbei dient dieser Patriotismus natürlich auch zur nationalen und internationalen Spaltung der lohnabhängigen Klasse.

Die SPD nutzt die Regierungskrise also, um sich der herrschenden Klasse als ausführende Kraft einer systemerhaltenden Alternativ-Strategie anzubieten, wie es denn auch sie selbst war, die die schlimmsten Angriffe der Nachkriegszeit auf die ArbeiterInnenklasse in Deutschland durchgesetzt hat. Um bei diesem Fazit noch einmal auf die gesamteuropäische Lage zurückzukommen: Hier könnte die SPD mit den Interessen der Sektoren des deutschen Kapitals überein gehen, die die oben beschriebene Abschwächung der Sparpolitik und die Linie der „wachstumssteigernden Maßnahmen" vertreten. Die SPD versucht, zum Sprachrohr dieser alternativen Form der politischen Reaktion zu werden. Machtpolitisch würde diese die Tendenzen einer deutschen Politik des Entgegenkommens gegenüber dem Spanischen Staat und zu einer politischen Annäherung an den sich abzeichnenden Block der Mittelmeer-Staaten zum Ausdruck bringen.

*Die BürokratInnen von IG Metall und ver.di hatten mobilisiert und sich selbst mit gewaltigen Streikbeteiligungen überrascht.*

## Linkspartei bereitet sich auf Regierungsbeteiligungen vor

Die Linkspartei bereitet sich während dessen darauf vor, zukünftig solch eine Rolle der Scheinopposition einnehmen zu können. Die Wahl der neuen Doppelspitze Kipping/Riexinger ging aus der Krise der Linkspartei hervor. Strömungen wie Marx21 und die SAV dichteten besonders Riexinger die Perspektive eines Linksrucks an. Der erfahrene Gewerkschaftsfunktionär würde die Möglichkeiten einer außerparlamentarischen und bewegungsorientierten Zukunft der Linkspartei stärken. Doch bewegungsorientiert allein ist noch nicht fortschrittlich. Die „Bewegungsorientierung" solcher GewerkschaftsbürokratInnen entlarvt sich aktuell in den Ländern Südeuropas als direkte Ausbremsung der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse. Die Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit bedeutet in den Händen von GewerkschaftsfunktionärInnen weniger parlamentarischen Rückenwind für die außerparlamentarischen Kämpfe, als viel mehr die bloß ausbremsende Instrumentalisierung letzterer für die perspektivlosen Manöver eines „linken Parlamentarismus".

Dementsprechend erklärt die neue Doppelspitze in einem Diskussionspapier, wie genau sie die Krise der Linkspartei beenden will: Sie erklärt ihre Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Damit schürt sie falsche Illusionen in den bürgerlichen Staatsapparat. In diesem können PolitikerInnen höchstens zu VerwalterInnen des kapitalistischen Übels werden. Anstatt der marxistischen Theorie kann die Linkspartei hier auch auf ihre eigene Geschichte zurück greifen: Im Berliner Senat trug sie jahrelang zu Polizeiterror, Gentrifizierung, allgemeiner Teuerung und der Streichung öffentlicher Einrichtungen bei.

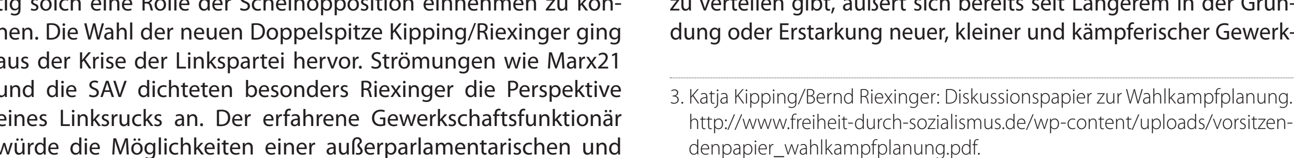
In reformistischer Konsequenz schürt sie obendrein Illusionen in die Europäische Union. Nach eigener Aussage in dem Diskussionspapier ist die Linkspartei *„selbstbewusst genug zu behaupten, dass die Politik Merkels, die von SPD und Grünen mitgetragen wird, die Krise in Europa verschärft und den Zusammenhalt des Euros und der EU gefährdet"*[3]. Die Linkspartei will also das imperialistische Konstrukt der europäischen Union retten. Auf diese Weise will sie ein Europa, *„in dem sich die Länder nicht gegenseitig ausbooten lassen."* Immerhin eine klare Ansage an die herrschende Klasse: Denkt mal daran, wofür die EU eigentlich gedacht war. Anstatt Euch gegenseitig auszubooten solltet ihr lieber gemeinsam daran arbeiten, alle anderen Länder außerhalb der EU ausbooten zu können.

Mit dieser bürgerlichen Perspektive dient sich die Linkspartei der herrschenden Klasse als Verwalterin ihrer Interessen an.

## Das Gewerkschaftsmodell gerät zunehmend in die Krise

Damit das mit der Regierungsbeteiligung auch wirklich funktioniert, ist in dem Diskussionspapier der Linkspartei nichts von proletarischen Kampfmaßnahmen wie Streiks und Besetzungen zu lesen. Das ist nicht ganz ungeschickt, drohen proletarische Kampfmaßnahmen doch für einen anderen Sektor der Opposition zunehmend nach hinten los zu gehen: Die BürokratInnen an den Spitzen von IG Metall und ver.di hatten in den jüngsten Tarifverhandlungen jeweils im Metall- bzw. im öffentlichen Sektor heftig mobilisiert und sich selbst mit gewaltigen Streikbeteiligungen überrascht. Hunderttausende ArbeiterInnen waren für höhere Löhne auf die Straße gegangen, sodass es kritischer wurde, dann doch wieder traditionsgemäß faule Kompromisse zu unterschreiben. Wobei sich zeigte, dass die IG Metall-Bürokratie in dieser Situation deutlich stabiler ist, als die ver.di-BürokratInnen. Es wird zunehmend offensichtlich, dass die sporadischen Massenmobilisierungen seitens der staatstragenden, reformistischen Bürokratie ausschließlich zum Dampfablass bei der lohnabhängigen Klasse benutzt werden – weshalb es umso mehr unsere Aufgabe als RevolutionärInnen sein muss, eine antibürokratische Perspektive in diese Mobilisierungen hineinzutragen.

Die Krise des traditionellen Gewerkschaftsmodells, welches gerade deswegen anachronistisch wird, weil es in der Krise wenig zu verteilen gibt, äußert sich bereits seit Längerem in der Gründung oder Erstarkung neuer, kleiner und kämpferischer Gewerk-



3. Katja Kipping/Bernd Riexinger: Diskussionspapier zur Wahlkampfplanung. http://www.freiheit-durch-sozialismus.de/wp-content/uploads/vorsitzendenpapier_wahlkampfplanung.pdf.



schaften, wie GDF und UFO. Eigentlich stellen gewerkschaftliche Spaltungen eine Schwächung der ArbeiterInnenklasse da. Doch in der heute konkreten Situation können sie auch entgegengesetzt wirken: Ihre Kampfbereitschaft macht groß von sich reden und stellt zunehmend die verräterische BürokratInnen-Rhetorik von „Sozialpartnerschaft" bis „Alternativlosigkeit" in Frage. So forderten viele der streikenden FlugbegleiterInnen bei Lufthansa ein Verbot von Leiharbeit, was die Losung der IG Metall-BürokratInnen nach „fairer Leiharbeit" in Frage stellt. Die Gegenkandidatur einer „alternativen" IG Metall-Liste bei Siemens gegen den IG Metall-„Chef" Berthold Huber ist ein weiterer Ausdruck der Konflikte im Gewerkschaftsapparat, die RevolutionärInnen ausnutzen sollten, um gleichzeitig eine Kampagne für die Demokratisierung der Gewerkschaften zu starten, damit sie zu wahren Kampforganen im Interesse der Lohnabhängigen und nicht der BürokratInnen werden. Denn die ArbeiterInnen benötigen mehr denn je Massenorganisationen für die Durchsetzung ihrer Forderungen.

## Für eine revolutionäre Perspektive in Deutschland und international!

Die Rolle reformistischer Apparate in Zeiten einer Regierungskrise besteht im Systemerhalt. Sie agieren im Sinne einer „Dampf ablassen"-Logik, die die sich anbahnende Steigerung der Konfliktivität im Keim ersticken soll, wozu auch das „umFAIRteilen"-Bündnis gezählt werden muss. Dieses reduziert jegliche Krisenpolitik auf die Forderung einer Vermögenssteuer und einer einmaligen Vermögensabgabe. Seine Existenzberechtigung sieht dieses Bündnis darin, dass wir in einer Situation wären, die *„den gesellschaftlichen Frieden ernsthaft gefährdet."*[4] Direkter kann ein Bündnis, das sich seiner gesellschaftlichen Rolle nicht bewusst ist, diese Rolle nicht ausformulieren.

Wenn der „gesellschaftliche Frieden" tatsächlich gefährdet ist, sagen wir stattdessen: Wurde auch Zeit!

Der gesellschaftliche Friede ist im Kapitalismus nur der Friede der herrschenden Klasse. Für die lohnabhängige Bevölkerung und die anderen unterdrückten Klassen besteht er in Prekarisierung, Arbeitslosigkeit, Spardiktaten, Polizeigewalt und Krieg. Es wird höchste Zeit, diesen Scheinfrieden zu brechen. Keine Sozialpartnerschaft auf Kosten der eigenen und internationalen ArbeiterInnenklasse, sondern klassenkämpferische Politik auf Kosten der eigenen und internationalen Bourgeoisie!

Dafür gilt es heute nicht, die EU zu retten, sondern sie als imperialistisches Projekt zu brandmarken und zu bekämpfen. Wenn sie zerbricht, dann an den kapitalistischen Widersprüchen, aus denen sie einst hervorging: den nationalistischen Konkurrenzverhältnissen dieser Wirtschaftsordnung. Die herrschende Klasse in Deutschland ist momentan die Hauptakteurin der Krise, daher gilt es für die lohnabhängige Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse sowie im Interesse ihrer KollegInnen in anderen Ländern, den Imperialismus im eigenen Land zu bekämpfen.

Wie dieser Kampf ausgetragen werden kann, darauf gaben die FlugbegleiterInnen der Lufthansa einen ersten Hinweis. Ihr Streik stürzte den gesamten Luftverkehr in Europa ins Chaos, und rückte die Abschaffung von Leiharbeit bei der Lufthansa ein Stück näher. Wie die herrschende Klasse, so hat auch die lohnabhängige Klasse in Deutschland das Potential, eine zentrale Stellung für die politischen Bewegungen in Europa einzunehmen. Solche Streiks müssen vorangetrieben und zu Kämpfen gegen die Regierung und gegen die Gewerkschaftsbürokratie erweitert werden, auch um den ArbeiterInnen und lohnabhängigen Jugendlichen in den südeuropäischen Ländern zu zeigen, dass sie in ihrem Kampf gegen Merkel, Thyssen und Siemens nicht alleine stehen.

An die Stelle der ungenauen Sonntagsreden über Mitbestimmung von der Linkspartei setzen wir die sowjetische Strategie: Von Demos über Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen müssen Erfahrungen der ArbeiterInnen-Selbstverwaltung vorangetrieben werden. In ihren täglichen Kämpfen muss die lohnabhängige Bevölkerung neues Vertrauen in ihre eigene Kraft gewinnen. Sie benötigt bei Demos und Streiks zum Beispiel keine Bullen, um „beschützt" zu werden. Besonders mit dem Blick auf die enorme Polizeigewalt gegen ArbeiterInnen im Spanischen Staat und in

> *Wenn der „gesellschaftliche Frieden" gefährdet ist, sagen wir: Wurde auch Zeit! Das ist nur der Friede der herrschenden Klasse.*

Griechenland müssen Strukturen der ArbeiterInnenselbstverteidigung gegen die Polizei bei Demos und Streiks aufgebaut werden. Strukturen der ArbeiterInnen-Selbstverwaltung werden in Arbeitskämpfen bald in Konflikt mit der Gewerkschaftsbürokratie geraten. Gut so! Die Gewerkschaften zurück zu erobern, ist eine der zentralen Aufgaben der lohnabhängigen Bevölkerung, wenn wir die Krise des Kapitals nicht selbst bezahlen wollen.

Um solche Praxis zu verwirklichen, benötigt es einer revolutionären Partei der lohnabhängigen Klasse mit einer revolutionären Strategie. Diese Strategie muss die Überwindung des Kapitalismus durch die Machteroberung der lohnabhängigen Klasse zum Ziel haben. Dafür dürfen keine Illusionen in den Parlamentarismus und den bürgerlichen Staat geschürt werden. Das Parlament kann konkreten Taktiken der revolutionären Partei nützlich sein, doch im Endeffekt stehen die Strukturen des bürgerlichen Staates der selbstbestimmenden Demokratie der heute lohnabhängigen Bevölkerung direkt entgegen. An die Stelle des heutigen Staatsapparates muss ein Rätestaat gestellt werden. Diese Räte (auf Russisch: „Sowjets") müssen als Organe der ArbeiterInnenselbstverwaltung im aktiven Klassenkampf entstehen.

Zentral dafür ist die Methode des Übergangsprogramms. Übergangsforderungen sind so ausgestaltet, dass sie am heutigen Bewusstsein der lohnabhängigen Klasse anknüpfen und es zur Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution weiterentwickeln. Dazu müssen diese Forderungen an heutigen Bedürfnissen ansetzen und nachvollziehbare Lösungen bieten, die jedoch über die Möglichkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinausgehen. Die herrschende Klasse bereitet sich heute vor, den zweiten Einschlag der Wirtschaftskrise in der deutschen Industrie, erneut durch Teilzeit- und Kurzarbeit abzufedern – so aktuell bei Opel. Dagegen müssen wir die Forderung nach der gleitenden Skala der Arbeitszeiten aufstellen: Anstelle von Ausgliederungen in Teilzeit-, Leih- und Kurzarbeit sowie anstelle von Kündigungen muss die vorhandene Arbeitsnachfrage auf alle Schultern der Belegschaft verteilt werden, bei vollem Lohnausgleich. Diese Forderung weist auf ein Kernelement der sozialistischen Gesellschaftsordnung hin: Das Wachstum der Wirtschaftskraft wird keine einzelnen außer Brot stellen, sondern die gesamte Gesellschaft zu gleichen Teilen zunehmend von Arbeit befreien.

Für die konkrete Situation müssen wir uns internationalistisch organisieren, uns die Lehren der revolutionären ArbeiterInnenbewegung wieder aneignen und in jedem Land ein Programm von Übergangsforderungen für die konkrete Situation vor Ort entwickeln.

Jede Krise ist eine Chance. Lasst uns die Krise der herrschenden Klasse zu unserer Chance auf Selbstbestimmung und ein würdiges Leben machen!




4. http://umfairteilen.de/start/presse/presseinformationen/#c460.

# Prekarisierung in der BRD

Das Deutsche Kapital versucht, die Krise auf Kosten der ArbeiterInnen zu bewältigen

von **Chucho Kahl** (RIO, Berlin)

Im Gegensatz zur Propaganda der Regierung wurden die ArbeiterInnen in den letzten 20 Jahren immer wieder gebeten, Maßnahmen zur Abfederung von Krisen zu akzeptieren. Der Aufschwung bis 2008 war nur auf Kosten der Prekarisierung von Millionen und dem Verlust der Zukunft neuer Generationen möglich: Die Jugend, die nach Schule und Studium (oder nebenbei) Arbeit sucht, findet einen Arbeitsmarkt vor, der nur flexible Arbeit, kurzfristige Verträge und sehr niedrige Löhne bietet.

## Eine „wunderbare" Ökonomie

Das sogenannte deutsche „Wirtschaftswunder" in den 50er Jahren ermöglichte eine Reihe von Zugeständnissen in der Nachkriegs-BRD (Renten, Arbeitsschutzgesetze, Sozialversicherung, etc.). Die KapitalistInnen propagierten einen „Interessenausgleich" zwischen den KapitalistInnen und ArbeiterInnen, mit voller Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie. In diesem sogenannten „Wohlfahrtsstaat" setzten sich die Herrschenden, im Rahmen des Kalten Krieges, für den „sozialen Frieden" als politische und ideologische Kampagne gegen die degenerierten ArbeiterInnenstaaten ein. Es war eine Zeit, in der Arbeitslosigkeit nicht zu den großen Fragen gehörte. Dann aber kam die weltweite Rezession 1974-77, während der die Arbeitslosigkeit auf fast 13 Millionen allein in den Industriestaaten anstieg. Im Fall der BRD erhöhte sich die Arbeitslosigkeit von 0,7% (1962) auf 5,9% (1976). Die Zahl der KurzarbeiterInnen stieg in der gleichen Periode von 4.000 auf 493.000[1].

Die Lösung der KapitalistInnen und der Regierung, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, war, neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber mit flexiblen Arbeitsbedingungen. Diese Lösung hat einen langsamen Veränderungsprozess der deutschen Arbeitswelt eingeleitet, der sich auf die Interessen und die Lebensqualität der Lohnabhängigen auswirkte. Die ersten Reformen erfolgten in den 80er Jahren unter der Regierung von Helmut Kohl: „Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes und Privatisierung von Staatsunternehmen[2].

Mit der Annexion der DDR und der damit einhergehenden Aufnahme von Millionen von ArbeiterInnen[3] in den Arbeitsmarkt der BRD (viele von ihnen wurden sehr bald arbeitslos), haben die KapitalistInnen profitiert, weil die meisten dieser ArbeiterInnen unter den neuen Bedingungen nicht konkurrieren konnten. Sie wurden in der Folge oft in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt.

2003 konnten (anders als die christlich-liberale Koalition) die Sozialdemokratie und die Grünen vertiefte Strukturreformen durchsetzen. Mit der Agenda 2010 wurde unter anderem geregelt, dass in den neuen „Hartz IV"-Regelungen die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe zusammengelegt und neue „Anreize" für den Eintritt in den Arbeitsmarkt geschaffen werden sollten[4]. Die rot-grüne Regierung führte so die von Kohl vorbereitete Politik weiter und führte sie zu ihrem Höhepunkt – rot-grün setzte so durch, was die schwarz-gelbe Regierung nie geschafft hatte, nämlich die tiefgreifendste Umstrukturierung des deutschen Arbeitsmarktes seit dem Zweiten Weltkrieg.

## Prekarisierung ist nicht irgendein Problem!

Wie wir sehen konnten, ist die Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen das Ergebnis eines langfristigen Plans, der von der Regierung und den KapitalistInnen umgesetzt wurde und wird, mit dem Ziel, die Kosten der Produktion zu senken[5]: Gekürzt wird bei Löhnen, Tarifverträgen, Renten, Steuern, sowie – natürlich – der rechtlichen und administrativen Verantwortung gegenüber den ArbeiterInnen, die an Vertragspartner wie Manpower und Adecco, ausgelagert werden, wenn nicht neue wie die CFM geschaffen werden. Diese Situation vertieft die Spaltung zwischen den ArbeiterInnen (Verschärfung von Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Rating) und sorgt für ein hohes Maß an Vereinzelung (die Mehrheit der prekarisierten ArbeiterInnen gehört keiner Gewerkschaft an), um so Arbeitskämpfe zu vermeiden; eine Aufgabe, bei der die KapitalistInnen von der Gewerkschaftsbürokratie treu unterstützt werden.

Die Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen ist nichts Anderes als eine Verbilligung der Arbeitskraft bzw. des Arbeitsmarktes und seiner Bedingungen, sodass Unternehmen mit großen Gewinnen ihre Schulden bezahlen und die Wirtschaft ankurbeln können. Diese Situation schreitet auch in Deutschland voran, und in weiten Teilen Europas hat sie längst zu einer Verarmung großer Teile der Bevölkerung geführt.

Aber wie wir sehen können, ist dies kein konjunkturelles Problem, sondern markiert eine tiefgreifende Veränderung in der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit, die einen krassen Weg zurück in die Vergangenheit weist, zu Situationen der Überausbeutung und des Missbrauchs durch die UnternehmerInnen.



1. Ernest Mandel / Winfried Wolf: Ende der Krise oder Krise ohne Ende?, Bilanz der Weltwirtschaftsrezession und der Krise in der Bundesrepublik. Berlin 1977. S. 120-21
2. Das Ziel dieser Reformen war es, die Rolle des Staates in der Wirtschaft und das Staatsdefizit zu reduzieren, Steuern zu senken, staatliche Beschränkungen und Vorschriften zu beseitigen, und die Flexibilität und Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu verbessern. Dazu gab es eine Reihe von Privatisierungen: Für rund 10 Milliarden Euro wurden staatliche Institutionen wie VEBA, VIAG, Volkswagen, Lufthansa und Salzgitter verkauft.
3. Der DGB hat mehr als drei Millionen von diesen ArbeiterInnen aufgenommen. Im Jahr 1990 waren 7.937.923 Mitglieder und für das Jahr 1991 11.300.412 Mitglieder organisiert. Aber acht Jahre später sank die Mitgliederzahl wieder auf das Niveau von 1990.
4. Eine weitere wichtige Neuregelung war die grundlegende Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Mit Beginn des Jahres 2004 wurden das besondere Befristungsverbot (eine Beschäftigung kann nicht wiederholt befristet werden, ohne dass ein sachlicher Grund in der Person des Leiharbeiters vorliegt), das Wiedereinstellungsverbot (Leiharbeitsfirmen dürfen gekündigte MitarbeiterInnen innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten nicht erneut einstellen), das Synchronisationsverbot (MitarbeiterInnen dürfen von einer Zeitarbeitsfirma nicht nur für die Zeit der Leihtätigkeit eingestellt sein) sowie die Beschränkung der Überlassungsdauer auf 24 Monate ersatzlos aufgehoben. Zudem sind Ausnahmen vom Verbot der Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes durch Tarifverträge ermöglicht worden. Vgl. http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55357/leiharbeit-zeitarbeit
5. Die Anzahl von Vollzeitarbeitsplätzen ist zwischen 2003 und 2008 von 22,6 auf 22,4 Millionen gefallen. Besonders betroffen waren die Bergbauindustrie (-16,3%), die Bauindustrie (-13,0%), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-2,3%), die öffentliche Verwaltung (-12,1%) und das Bildungssystem (-10,9%). Dem ist hinzuzufügen, dass Vollzeitarbeitsplätze nicht wieder besetzt, sondern von prekärer Arbeit, d.h. befristete Verträge und geringe Löhne, ersetzt werden.





Leider sind die Organisationen der ArbeiterInnenklasse, wie der DGB, heute stark bürokratisiert und sind längst keine Instrumente des Kampfes für die Interessen unserer Klasse mehr.

Heute wie gestern zeigen diese Angriffe gegen die ArbeiterInnen das wahre Gesicht dieses Systems, das nichts mit guten Lebensbedingungen für alle zu tun hat, sondern im Interesse einer Minderheit arbeitet, basierend auf der Ausbeutung der Mehrheit.

## Minijob, Mini-Löhne, Mini-Zukunft

Nach offiziellen Daten ist Deutschland eines der EU-Länder mit einer Arbeitslosenrate (knapp 7%) unter dem europäischen Durchschnitt. Natürlich spiegeln diese Zahlen nicht die Realität wieder (z.B. die hohe Zahl der „Schwarzarbeit"), weil in der gleichen Zahl all jene mit Ein-Euro-Jobs oder Minijobs[6] fehlen, deren Anteil angesichts der kurzen Dauer dieser Arbeitsplätze starken Schwankungen unterliegt.

Rund 7,5 Millionen Menschen suchen einen Arbeitsplatz, da sie arbeitslos sind oder ihre aktuelle Arbeitssituation verbessern wollen. Zu den 2,5 Millionen Arbeitslosen, die aktiv Arbeit suchen, sind weitere 3,5 Millionen hinzuzufügen, die mehr arbeiten möchten. Innerhalb dieser Gruppe von ArbeiterInnen, die mehr arbeiten wollen, gibt es etwa zwei Millionen Teilzeitbeschäftigte, die ihre Arbeit verlängern möchten. Zusätzlich dazu gibt es 1,7 Millionen Menschen mit Vollzeitstellen, die zusätzliche Arbeit möchten.

Was diese Zahlen schließlich bedeuten, und was in der Statistik nicht deutlich wird, ist, dass durch die stagnierenden Löhne ein einzelner Arbeitsplatz nicht mehr ausreicht, um die grundlegenden Lebenshaltungskosten (Miete, Lebensmittel, Transport, etc.) zu bezahlen.

Derzeit ist jeder fünfte Arbeitsplatz ein Minijob. Für insgesamt fast fünf Millionen ArbeiterInnen ist das ihre Haupttätigkeit. Dadurch, zusammen mit dem Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns, haben die UnternehmerInnen freie Hand, um nur zu den schlimmsten Bedingungen einzustellen.

## ImmigrantInnen, Jugendliche

In einer besonders prekären Situation leben ImmigrantInnen in Deutschland, sowohl jene aus der EU wie aus anderen Ländern. Deutschland hat viel von regionaler Armut profitiert, um seine Wirtschaft aufzubauen und zu dynamisieren. Schon seit den 1960er Jahren, damals im Rahmen der Politik der „Gastarbeiter", sind türkische Beschäftigte (die größte Einwanderungsgruppe bisher mit 2,5 Millionen), sowie italienische, spanische etc. dafür verantwortlich, all jene Arbeiten zu erledigen, die keine „Qualifikation" benötigen und bei denen es zu wenig einheimische Arbeitskraft gibt: Bau, Bergbau, Stahl, usw. Dabei wurden bestehende Qualifikationen der ArbeitsmigrantInnen oftmals nicht anerkannt.

Die DGB-Gewerkschaften befassten sich erst Anfang der 70er mit der Arbeits- und Lebenssituation der MigrantInnen, als in einigen Betrieben eigene Listen für die Betriebsratswahlen gegründet wurden und so beispielsweise die IG Metall in den Kölner Ford-Werken nur noch 30% der Sitze inne hatte. Gestört hat dabei wohl auch, dass die „Gastarbeiter" die „deutsche Gastfreundschaft missbrauchten" und bei den großen Streikwellen der Zeit (bei denen die Gewerkschaften teilweise die Kontrolle verloren) oft eine führende Rolle spielten. Die Herrschenden reagierten auf das Ende eines chronischen Mangels an Arbeitskräften mit einem „Anwerbestopp" 1973. Die Kohl-Regierung vollzog die offene Reaktion zunächst mit einer verzweifelten „Rückkehrförderung" und schließlich mit einer rassistischen Asyldebatte („Das Boot ist voll").

Hier spielt die Trennung der ArbeiterInnenklasse zwischen ausländischen und inländischen, die von der Regierung, den UnternehmerInnen und der Gewerkschaftsbürokratie aufrechterhalten wird, eine äußerst reaktionäre Rolle und erschafft aktive Diskriminierung und Rassismus gegen EinwandererInnen (einschließlich Flüchtlinge). Heute hat die Vertiefung der Wirtschaftskrise in der Eurozone zum starken Anwachsen der Migration unter anderem aus Griechenland (+90%) und Spanien (+60%) geführt: meist gut ausgebildete junge Menschen, die angesichts der wachsenden Armut und Arbeitslosigkeit[7] in ihren Ländern ebendiese verlassen mussten, in der Hoffnung, in Deutschland Arbeit, wenn auch prekäre, zu finden – dem gleichen Land, welches sie gemeinsam mit den Bourgeoisien ihrer Länder ihrer Zukunft beraubt und ihnen die Kosten einer Krise, die sie nicht verursacht haben, aufgeladen hat. Das ist eine einmalige Gelegenheit für das deutsche Kapital, um seine Bedingungen aufzubessern und qualifizierte Arbeitskräfte zu niedrigen Kosten in die Produktion zu integrieren. Aber auch deutsche Jugendliche wissen oft nach dem Schulabschluss nicht, wo sie hin können. Immer öfter erhalten sie befristete Arbeitsverträge und sind in den Tarifverträgen viel schlechter gestellt als Ältere.

## Für die Einheit der ArbeiterInnenklasse

Es sind die ArbeiterInnen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen und die dieses System am Laufen halten. Höhere Lebensqualität ist kein Geschenk eines Staates, sondern das Ergebnis der großen Kämpfe der ArbeiterInnenklasse[8]. Wir haben hier versucht zu verdeutlichen, dass es dem Staat und der Regierung vor allem darum geht, die Interessen der Bourgeoisie sicherzustellen und zu gewährleisten. Die Herrschenden stellen ihr Interesse als ein allgemeines Interesse der Gesellschaft dar. Aber im Gegenteil: Sie bereichern sich nur auf unsere Kosten.

Zu dieser Situation der prekären Arbeit ist es nicht nur durch die konsequenten und entschlossenen Angriffe der Bourgeoi-

*ReinigerInnen – wie hier am Berliner Hauptbahnhof – sind stark von Prekarisierung betroffen*

6. Innerhalb der Prekarisierung der Arbeit ist der Minijob ein Modell der staatlich subventionierten Beschäftigung mit einem Gehalt von maximal 400€ und 40 Stunden monatlich.

7. Seit März 2012 wurde die Möglichkeit, als „EU-Bürger" Sozialhilfe (Hartz IV) zu beantragen und zu erhalten, beseitigt. Im Gegenzug wurden Trainingsprogramme (Auswahlfilter für junge und qualifizierte Arbeitskräfte) zum schnellen Einfügen in den Arbeitsmarkt entwickelt.

8. Auf dem Genfer Kongress der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) 1866 wurde unter Mitwirkung von Karl Marx und Friedrich Engels die internationale gesetzliche Einführung des Achtstundentages gefordert und somit zur allgemeinen Forderung der ArbeiterInnenklasse der gesamten Welt erhoben. Sie musste von der ArbeiterInnenbewegung erst erkämpft werden, und so war der 8-Stundentag in Deutschland das Ergebnis der Novemberrevolution.



sie und ihrer Regierungen gekommen, sondern auch durch die schockierende Komplizenschaft der Gewerkschaftsbürokratie, die gegenüber der offensichtlichen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen nichts tut, außer verbal diese Situation anzuprangern, ohne einen Finger zu rühren, um für richtige Arbeit zu kämpfen, während sie immer wieder den Abbau von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und Löhnen unterzeichnet. So überlässt sie Millionen von Beschäftigten ihrem Schicksal. Die Gewerkschaften stehen unter der Führung einer Bürokratie, die nicht für die Rechte der ArbeiterInnen und gegen die KapitalistInnen kämpft.

Heute brauchen wir mehr denn je die Einheit aller ArbeiterInnen, mit Vollzeit- und prekärer Arbeit, mit und ohne Arbeit, mit und ohne deutschen Pass (nicht zu vergessen, dass die ArbeiterInnenklasse kein Vaterland hat, sondern eine internationale Klasse ist!), um die Prekarisierung zurückzuschlagen. Der Kampf für menschenwürdige Arbeit für alle kann nur gelingen als ein kombinierter Kampf, gegen Sexismus und Rassismus und für Rückeroberung unserer Organisationen von der Gewerkschaftsbürokratie.

Wir brauchen keine „faire“ Leiharbeit, sondern ihre Abschaffung (wie es zuletzt beim UFO-Streik gefordert wurde) durch gemeinsame Kämpfe von allen, die im Betrieb sind. Wir dürfen uns nicht nur auf Gewerkschaftsmitglieder beziehen. Diese Praxis ist letztlich Ausdruck der Vorstellung von Gewerkschaften als „mitgliederbasierten“ Organisationen. Dies lehnen wir ab und kämpfen für eine Demokratisierung der Gewerkschaften, damit sie im Kampf das Sprachrohr aller Beschäftigten werden. „Stammbelegschaft“ und prekäre ArbeiterInnen können nicht ohne einander ihre Interessen durchsetzen. Prekäre allein sind zu schwach, weil sie zu einem sehr geringem Grad organisiert sind, geringere Arbeitsschutzrechte haben und ihr Vertrag auch mal einfach nicht verlängert werden kann. Daher brauchen sie die Solidarität der Stammbelegschaft. Aber auch diese muss im eigenen Interesse auf die Abschaffung prekärer Arbeit drängen, weil prekäre Arbeit sonst immer weiter ausgeweitet wird, bis sie selbst in prekäre Arbeiter umgewandelt werden. Ihre „Privilegien“ sind also bedroht, denn die Kapitalisten wollen am Liebsten die totale Flexibilität aller ArbeiterInnen erreichen.

Um den Kampf gegen Leiharbeit und Prekarisierung effektiv zu führen, müssen wir, wie schon erwähnt, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganen der ArbeiterInnenbewegung machen, indem wir basisdemokratische, klassenkämpferische, antibürokratische Strömungen in den Gewerkschaften aufbauen und die Führung der Bürokratie in Frage stellen. Die Schwäche der bürokratischen Kampagnen für „faire“ Leiharbeit und gegen die Verdichtung der Arbeitszeit liegt nicht in Planungsfehlern, sondern darin, dass die Gewerkschaftsbürokratie kein Interesse an einer wirklichen Mobilisierung ihrer Mitglieder hat. Stattdessen müssen wir von der Gewerkschaftsbasis aus Massenkampagnen für die Abschaffung der Leiharbeit und die Rücknahme der Hartz-Gesetze organisieren, als einen ersten Schritt der Beendigung der Prekarisierung in Deutschland.

# Frauen sind besonders von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung betroffen

In der Zeit von 1991-2010 ist die Anzahl von männlichen Beschäftigten in Deutschland bedeutend gesunken (-8%), während die weiblicher Beschäftigter gestiegen ist (+16%). Die Vollzeitarbeit reduzierte sich drastisch für beide Gruppen (-20%), aber insbesondere bei Frauen sind Ganztagsjobs durch Teilzeittätigkeiten ersetzt worden und in höherem Maße sind sie Opfer prekärer Arbeitsbedingungen geworden: Minijobs und Ein-Euro-Jobs haben die geschlechtliche Lücke in Bezug auf die Menge und Qualität der Jobs vergrößert[1].

Die 23.000 Arbeiterinnen von Schlecker, vor kurzem ihrer Arbeitsplätze beraubt, sind ein Beispiel für die Unsicherheit, die der aktuelle Arbeitsmarkt bietet. Sie hatten schon sehr schlechte Arbeitsbedingungen, ihr Tarifvertrag wurde entgegen ihrer Interessen verändert, und sie mussten massive Gehaltskürzungen erdulden. Doch das alles war dennoch nicht genug, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Die Willkür der KapitalistInnen im Bunde mit der Gewerkschaftsbürokratie spielte eine schändliche Rolle.

Dass fast ausschließlich Frauen von den schlechten Arbeitsbedingungen, wie sie bei Schlecker herrschten, betroffen sind, ist kaum Zufall, da der Beruf der Verkäuferin im Drogeriegeschäft als „typischer“ Frauenberuf gilt. Die KapitalistInnen gehen auf diese gesellschaftlichen Erwartungen ein. Solche Berufe sind wie u.a. die der Friseurin und Erzieherin im Durchschnitt viel schlechter bezahlt als „Männerberufe“. Hier ist die Diskriminierung also strukturell.

Frauen werden in der Arbeitswelt also nicht nur von männlichen Kapitalisten oder Kollegen direkt sexuell unterdrückt, sondern leiden unter der geschlechtlichen Struktur des Arbeitsmarktes selbst. „Frauenberufe“ gelten zum einen als weniger wert. Zum anderen nehmen sie öfter die Form von Teilzeitarbeit an, weil Frauen öfter einer Doppelbelastung ausgesetzt sind: Sie müssen Familie und Beruf vereinen, was selbst im „aufgeklärten“ Deutschland überproportional Frauen statt Männer in einer Partnerschaft trifft. Gleichzeitig entscheiden sich Elternpaare oft dafür, dass der Vater, weil er bereits mehr verdient, nicht zu Hause bleibt, sondern weiter arbeiten geht.

Das vertieft dauerhafte Ungleichheiten, unter denen Frauen leiden, nicht nur bei der Arbeit. Denn die bessere Stellung der Männer in der Wirtschaft ist auch die Grundlage für den Sexismus in allen anderen Lebensbereichen. Aus diesem Grund müssen Strategien zur Überwindung von sexueller Diskriminierung an den kapitalistischen Verhältnissen ansetzen.

Daher reicht beispielsweise allein die Forderung nach einer durch die Regierung festgesetzten Frauenquote nicht aus, um die Situation aller Frauen zu ändern. Denn das größte Problem der Frauenunterdrückung besteht nicht darin, dass es zu wenige weibliche ManagerInnen gäbe, sondern in der strukturellen Unterdrückung der großen Mehrheit der Frauen im Niedriglohnbereich. Der Kampf für Gleichberechtigung muss über den Kampf gegen prekäre Arbeit, gegen ungleiche Löhne und für ausreichende Kinderbetreuung gehen. *chk*

1. „Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten“. Susanne Wanger. IAB Kurzbericht 9/2011.



# „Neuer Antikapitalismus" in der Krise: Die NPA

von **K.A. Stern** (RIO, Berlin)

Drei Jahre nach ihrer Gründung schwimmen der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) in Frankreich die Felle davon. Im Jahr Fünf der kapitalistischen Krise brechen die Mitgliederzahlen zusammen, bei Wahlen werden mikroskopische Ergebnisse eingefahren und ganze Flügel verlassen die Partei. Auf der Nationalen Konferenz im Juli zeigte sich vor allem zunehmende Zersplitterung. Währenddessen eifern verschiedene Gruppen des trotzkistischen Zentrismus in Europa dem großen Vorbild aus Frankreich nach.

Doch die Krise der NPA inmitten der Krise des Kapitalismus sollte für RevolutionärInnen Anlass sein, das französische Projekt besonders kritisch zu betrachten. Es zeigt, dass organisatorische Einheit allein wenig wert ist, wenn sie nicht auf einem klaren, gemeinsamen Programm fußt. Der diffuse Antikapitalismus der NPA konnte zwar kurzzeitig für Begeisterung unter linken AktivistInnen sorgen – aber statt in den vergangenen und aktuellen Kämpfen in Frankreich eine entscheidende Rolle zu spielen, zerreißt es das schwache Fundament der Partei bereits nach wenigen Jahren.

Unsere GenossInnen der Revolutionären Kommunistischen Strömung (CCR) innerhalb der NPA propagieren ein revolutionäres Programm, das die Verbindung der Partei mit kämpferischen Sektoren des Proletariats sucht, um diese Avantgarde auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Machteroberung durch die ArbeiterInnen vorzubereiten. Gegen diese marxistische Perspektive richten sich jedoch verschiedenste politischen Strömungen innerhalb der NPA, von denen einige auf dem besten Wege sind, auch den letzten Rest Antikapitalismus hinter sich zu lassen. Diese allgemeine Rechtsentwicklung der NPA muss analysiert werden.

## Ein zentristisches Vorzeigeprojekt

Als 2007 der Präsidentschaftskandidat der trotzkistischen Organisation Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR), Olivier Besancenot, im ersten Wahlgang 4,08% der Stimmen gewann, sah dies die LCR als ein Zeichen, dass ein großer gesellschaftlicher Raum für linke, antikapitalistische Politik bestünde. Tatsächlich wäre es, wie unsere französischen GenossInnen schrieben, *„konservativ gewesen, nicht zu versuchen, dieses Echo in kämpferische Kräfte zu verwandeln, und wenn es dafür notwendig gewesen wäre auf ein Vokabular zu verzichten, das allzu sehr von den Traditionen der radikalen Linken nach 1968 besetzt ist, warum nicht?"*[1]

Doch anstatt einen wirklichen Raum zu schaffen, in dem fortschrittliche ArbeiterInnen und Jugendliche sich mit revolutionärer Politik befassen können, ohne von Vorurteilen gegenüber traditioneller Terminologie abgeschreckt zu werden, wurde vielmehr die These aufgestellt, dass auch die hinter dieser Terminologie stehende Strategie seit der kapitalistischen Restauration in den ehemaligen bürokratisch degenerierten ArbeiterInnenstaaten überholt sei. Getäuscht von dem Klima der bürgerlichen These vom „Ende der Geschichte" sprachen die TheoretikerInnen der LCR von der „strategischen Verwaisung" der radikalen Linken und versuchten, durch eine vermeintlich zeitgemäße Auflösung des Trotzkismus in einen abstrakten Antikapitalismus der Bewegungen – inklusive „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" von Hugo Chávez in Venezuela – Einfluss auf die Massen zu gewinnen.

*Wohin geht die NPA? Nach links, wie auf diesem Bild, eher nicht…*

Tatsächlich gingen die Mitgliederzahlen bei der Gründung der NPA in den fünfstelligen Bereich. Doch offensichtlich konnte die neu gegründete Partei daraus kaum politisches Kapital schlagen, denn weder konnte die Partei bei der Massenbewegung gegen die Rentenreform im Herbst 2010 eine alternative politische Führung zur Gewerkschaftsbürokratie anbieten[2], noch konnte sie diese Mitglieder halten. Nach drei Jahren sind weniger als 2.000 Menschen bei der NPA aktiv.

Obwohl das bisherige politische und strategische Projekt der NPA so offenkundig scheitert, versuchen verschiedene trotzkistische Kräfte, ähnliche Gruppierungen in ihren Ländern aufzubauen. So beispielsweise die „New Anticapitalist Initiative" in Großbritannien, die ursprünglich von der Gruppe „Workers Power" (britische Sektion der Liga für die Fünfte Internationale, LFI) initiiert wurde, mittlerweile aber hauptsächlich von einer Abspaltung aus ihr betrieben wird; die „Nova Antikapitalisticka Levice"

1. Daniela Cobet: A trois ans du Congrès de fondation: Confronter le projet du NPA aux leçons politiques et strategiques de la lutte de classe. http://www.ccr4.org/Confronter-le-projet-du-NPA-aux. (Eigene Übersetzung.)

2. Zum „Französischen Herbst" siehe unsere Broschüre „Frankreich brennt!" http://www.klassegegenklasse.org/frankreich-brennt/.



in Tschechien, die ebenfalls von der LFI mitgegründet wurde; sowie jüngst auch der Prozess zum Aufbau einer „Neuen Antikapitalistischen Organisation" (NAO)[3] in Deutschland, der von der Kleingruppe „Sozialistische Initiative Berlin" (SIB) angestoßen wurde, mittlerweile aber auch von der Gruppe Arbeitermacht (GAM, deutsche Sektion der LFI), dem Revolutionär-Sozialistischen Bund (RSB, deutsche Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale) und anderen unterstützt wird.

Einige dieser Gruppen, die einen Parteiaufbau nach dem Vorbild der französischen NPA anstreben, haben einen Bezug zur NPA: wie der RSB, dessen Schwesterorganisation die LCR war oder die SAS, deren französische Schwesterorganisation, die LO-Fraktion „L'Etincelle", eine Fraktion innerhalb der NPA bildet. Deswegen ist es uns wichtig, die Absicht dieses Artikels klar zu stellen: Wir denken, dass die Einblicke und Lehren, die unsere GenossInnen der CCR durch ihre politischen Arbeit in der NPA gewonnen haben, von großer Bedeutung für den weiteren Weg des Aufbaus einer revolutionären Partei in Frankreich aber auch in Deutschland sind.

Wenn in der NPA kein strategischer Umschwung stattfindet und sie stattdessen weiter zerfällt, bedeutet dies einen herben Rückschlag für die radikale Linke im zweitwichtigsten Land des europäischen Imperialismus. Innerhalb Deutschlands, das mittlerweile die Hegemonialstellung in Europa eingenommen hat und diese im Zuge der Eurokrise weiter auszubauen versucht, wäre es denkbar gefährlich für RevolutionärInnen, die französischen Fehler im Parteiaufbau zu wiederholen. Insofern wollen wir auch diesen Text nicht als sektiererisches Pamphlet verstanden wissen, sondern als solidarische Kritik, mit der ausdrücklichen Einladung, ihn gemeinsam mit uns zu diskutieren.

## Kompromisse statt Klarheit

Sollte die nationale Konferenz der NPA im Juli dieses Jahres eigentlich für Klarheit in der politischen Linie sorgen, verdeutlichte sich die Krise der Partei nur. Der äußerste rechte Flügel der NPA hat sich Ende 2011 als „Antikapitalistische Linke" (*Gauche Anticapitaliste*, GA) konstituiert. Er hatte bereits seitdem dafür plädiert, die Präsidentschaftskampagne von Jean-Luc Mélenchon und der Linksfront (*Front de Gauche*, FdG) zu unterstützen, anstatt eine/n eigene/n Präsidentschaftskandidatin/en der NPA aufzustellen. Nachdem dennoch Philippe Poutou, ein Arbeiter aus der Automobilindustrie[4], von der Partei demokratisch als Kandidat bestimmt wurde, torpedierte die GA unaufhörlich dessen Wahlkampagne. Ihren liquidationistischen Kurs vollendete die GA dann im Juli mit dem kollektiven Austritt aus der NPA und ihrem Anschluss an die FdG.

Im Richtungsstreit um die zukünftige Ausrichtung der NPA auf ihrer Konferenz bildeten die verschiedenen Strömungen wieder politische Plattformen (E bis I), über deren Vorschläge diskutiert und abgestimmt wurde. Die von bekannten Führungsfiguren wie Olivier Besancenot und Philippe Poutou angestoßene Plattform F konnte mit ihrem zentristischen Kurs eine knappe Mehrheit erlangen. Sie lehnte einen Beitritt zur FdG zwar ab, suchte aber dennoch nach Kompromissen in Richtung der GA und zeigte sich offen für Zusammenarbeit mit der Linksfront. Sie verweigerte sich dagegen den von der Plattform I eingebrachten Änderungsanträgen, die ein Notprogramm gegen die Krise, eine stärkere Verankerung in den Betrieben und eine Ablehnung der FdG beinhalteten. Stattdessen einigten sich schließlich die Plattformen I, H (die Gruppe „L'Etincelle") und E (CCR) auf einen gemeinsamen Vorschlag. Dieser enthält auf Druck der CCR auch die Forderung nach der Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle von Betrieben, die Entlassungen durchführen wollen, und das Ziel einer ArbeiterInnenregierung. Das gemeinsame Papier erreichte zwar fast ebenso viele Stimmen wie die Plattform F, doch ist es in vielen Punkten nicht deutlich genug und zeigt lediglich sehr grob die Richtung auf, in die revolutionäre Kräfte in der NPA drängen sollten.

Wir halten es für besonders bedenklich, dass auch Kräfte, die im linken Sektor des Trotzkismus stehen, zentristische Tendenzen in der NPA unterstützen. So konnte die Gruppe „L'Etincelle" sich erst im Vorfeld der Konferenz im Juli organisatorisch von der alten linkszentristischen Plattform 2 lösen, und lehnte die Einladung der GenossInnen des CCR ab, gemeinsam konsequent für eine revolutionäre Ausrichtung der NPA zu kämpfen. Ähnliches gilt für die LFI, deren Vertreter Marc Lasalle die CCR explizit als sektiererisch denunziert, und stattdessen die zentristischen Strömungen innerhalb der NPA unterstützt[5]. Die GAM argumentiert eigentlich, wie wir, das RevolutionärInnen nur dann in reformistische und zentristische Parteien eintreten dürfen, wenn sie für ein klares revolutionäres Programm kämpfen und kleinbürgerliche Tendenzen scharf verurteilen (dies kam und kommt unter anderem in unserer Kritik des Entrismus der SAV in der Linkspartei zum Ausdruck). Umso verwunderlicher ist es, dass sie die Möglichkeit nicht ergreifen wollen, einen starken revolutionären Pol in der NPA aufzubauen.

## Verwaisung der Partei

Es muss unserer Ansicht nach klar sein, dass die Grundthese der NPA, die der „strategischen Verwaisung", vielmehr die NPA selbst als politische Partei „verwaisen" lässt, und damit vollkommen entwaffnet. Wir halten es für sehr bedenklich, dass Teile des deutschen Trotzkismus sich in diesem Moment bemühen, sich in ein ähnliches Projekt zu liquidieren. Es kann nur oft genug wiederholt werden, auch zur Warnung der GenossInnen, die den „NAO-Prozess" vorantreiben, dass ein breites antikapitalistisches Projekt – wenn es denn überhaupt dazu in der Lage ist, eine relevante Menge an AktivistInnen zu versammeln – allenfalls die Illusion schürt, dass die Kämpfe, die uns die kapitalistische Krise aufzwingt, ohne eine vorherige Auseinandersetzung über die richtige politische Strategie gewonnen werden könnten.

Eine auf dieser Grundlage gebildete Führung wäre nicht im Mindesten dazu befähigt, einen harten antiimperialistischen und internationalistischen Kurs gegen den bürgerlichen Staat einzuschlagen. Das Resultat wäre die Demoralisierung der Massen, die sich – im besten Fall – diesem Projekt mit großen Hoffnungen angeschlossen haben. Für NAO und andere NachahmerInnen besteht allerdings zusätzlich das Problem, dass sie keinerlei Anziehungskraft selbst auf die fortgeschrittensten ArbeiterInnen und Jugendlichen besitzen und ihnen damit eigentlich jede Existenzberechtigung fehlt.

Wir sind der Ansicht, dass es im Sinne aller RevolutionärInnen ist, anhand der Erfahrungen der NPA eine politische Diskussion und Klärung durchzuführen und die Reorganisierung der Avantgarde auf dem Boden des Übergangsprogramms und der wiederaufgebauten Vierten Internationale voranzutreiben. Dazu laden wir alle Interessierten ein.

## ZUM WEITERLESEN

Pierre Tellimer: Wahlen in Frankreich: Eine Epochenwende?
➞ **www.klassegegenklasse.org/wahlen-in-frankreich**

Broschüre von RIO: Frankreich brennt!
➞ **www.klassegegenklasse.org/frankreich-brennt**

Website der CCR *(auf Französisch)*
➞ **www.ccr4.org**

3. Siehe unsere Stellungnahme zum NAO-Prozess: http://www.klassegegenklasse.org/neue-revolutionare-arbeiterinnenpartei/.
4. Zur Kampagne von Poutou, siehe den Artikel in Klasse Gegen Klasse Nr. 3: http://www.klassegegenklasse.org/wahlen-in-frankreich-eine-epochenwende/.
5. http://www.fifthinternational.org/content/second-npa-congress-what-kind-party-and-what-politics-should-it-have.




# Nationale ArbeiterInnenkonferenz der PTS

*„Für Gewerkschaften ohne BürokratInnen, für eine Partei der ArbeiterInnen ohne Bosse"*

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Am 8. Juli fand die von der PTS (*Partido de los Trabajadores Socialistas*, Partei der sozialistischen ArbeiterInnen) einberufene Nationale ArbeiterInnenkonferenz statt, zu der mehr als 4.000 TeilnehmerInnen nach Buenos Aires kamen. Darunter waren klassenkämpferische Basisdelegierte gemeinsam mit Frauen-, MigrantInnen- und JugendaktivistInnen aus dem ganzen Land[1]. Die Konferenz in ihrer Massivität ist ein Produkt der kontinuierlichen Arbeit der PTS und bildet gleichzeitig eine große Perspektive – mit vielen Herausforderungen – für den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei.

Die nationale und internationale Situation ist durch das Andauern der kapitalistischen Krise und die daraus erfolgende Vertiefung des Klassenkampfes geprägt. Die Auswirkungen der Krise erreichen auch Argentinien, wenn auch mit enormer Verzögerung. Dies und der immer stärker zunehmende Zersetzungsprozess der Regierung ermöglichen Brüche enormer Teile der ArbeiterInnenklasse mit ihr und der Bürokratie. In dieser Situation vereinte der Kongress die fortschrittlichsten Teile der ArbeiterInnenklasse aus dem ganzen Land – BasisaktivistInnen aus mehr als 100 Fabriken und VertreterInnen der unterdrücktesten und ausgebeutetsten Teile der Gesellschaft – um sich auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten.

Noch kleben die Massen der ArbeiterInnen an dem politischen Bewusstsein des Peronismus[2]. Doch immer größere Anzeichen deuten auf einen beginnenden politischen Bruch mit der Regierung hin. Der Streik der 200.000 LKW-FahrerInnen und der 550.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst, welche die ersten Demonstrationen gegen die peronistische Regierung waren, sowie massive Demonstrationen der letzten Monate zeigen, dass sich die Opposition zum Kirchnerismus[3] nicht nur auf kleine Sektoren beschränkt. Auch die Gewerkschaftsbürokratie verliert Teile ihrer traditionellen Basis. Zentrales Element dabei waren die Kämpfe der ArbeiterInnen der PTS in den vergangenen Jahren für den Wiederaufbau der *sindicalismo de base*, also der Basisgewerkschaftsbewegung, die ihre Wurzeln in den 1960er Jahren hat[4].

Gemeinsam mit unabhängigen AktivistInnen führte die PTS beispielhafte Kämpfe, wie derjenige der Keramikfabrik FaSinPat[5] (ehemals Zanon, seit 2000/2001), bei Kraft-Terrabusi 2009 oder bei der Eisenbahnlinie von Buenos Aires 2010, und zeigten so, dass es möglich ist, antibürokratische, klassenkämpferische Strömungen in den Gewerkschaften aufzubauen. Durch diese vorantreibende Politik erreicht die *sindicalismo de base* mehr als 100 Fabriken im ganzen Land und stellt somit die Gewerkschaftsbürokratie in Frage.

Deshalb waren die Slogans der Konferenz: *„Für Gewerkschaften ohne BürokratInnen"*, *„Für eine ArbeiterInnenpartei ohne Bosse"* und *„Die KapitalistInnen sollen ihre Krise selbst bezahlen"*. Doch diese Parolen bilden nur die Synthese der weitreichenden Kampagne der PTS. Die heutige Aufgabe besteht darin, breite Teile der ArbeiterInnenklasse, die sich im Laufe ihrer Erfahrungen mit einer immer stärker arbeiterfeindlichen Regierung vervielfachen werden, von einer elementaren Idee zu überzeugen: Man muss sich nicht den bourgeoisen BetrügerInnen der Regierung unterordnen, so wie sich die GewerkschaftsbürokratInnen in immer neuen Lügen verstricken und sich zu Lakaien der bürgerlichen Parteien machen. Mit diesen Parolen sollen die Sektoren der ArbeiterInnenklasse, die sich in den kommenden Kämpfen von der Regierung trennen, begleitet werden hin zu einer unabhängigen Klassenpolitik. Damit knüpft die Forderung einer großen revolutionären Partei der ArbeiterInnen an den objektiven Bedingungen der Massen an.

*4.000 ArbeiterInnen im Stadium „Ferro" in Buenos Aires: **„Die KapitalistInnen sollen ihre Krise selbst bezahlen!"***

Entscheidend bei dieser Kampagne ist die Idee einer antibürokratischen und klassenkämpferischen Organisation in einem politischen Kontext der totalen Zerstückelung der ArbeiterInnenklasse. 70% der ArbeiterInnen in Argentinien haben nicht die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und die, die es sind, wurden in fünf große Gewerkschaftsdachverbände aufgeteilt – die Bürokratie ist die Säule der Spaltung der ArbeiterInnen.

Deshalb standen die Erfahrungen der vielen AktivistInnen in den Basisgewerkschaften und der Ruf für Gewerkschaften ohne BürokratInnen im Zentrum der Konferenz. Doch dies ist nicht ausreichend, wie Raul Godoy, führendes Mitglied der PTS und Abgeordneter im Landesparlament Neuquéns für die FIT (*Frente de la Izquierda y de los Trabajadores*, Front der Linken und ArbeiterInnen), anmerkte. Der Kampf beginnt bei den klassenkämpferischen Gewerkschaften und alternativen Listen, erreicht jedoch erst auf der politischen Ebene und den Straßen seine volle Potenz. Nur so kann die Einheit der ArbeiterInnenklasse erreicht werden, nur so können die BürokratInnen aus den Gewerkschaften der ArbeiterInnen rausgeworfen werden. Daher stieß die PTS innerhalb der FIT[6] die Diskussion eines gemeinsamen Aufbaus einer ArbeiterInnenpartei an.

Die Nationale ArbeiterInnenkonferenz war ein wichtiger Schritt, um aus den tausenden zehntausende werden zu lassen und sich auf Millionen vorzubereiten, falls die konkrete Situation diese Möglichkeit bietet. Im täglichen Kampf, in der aktiven Unterstützung der Sektoren der Masse in ihrer Erfahrung mit dem Peronismus und der Gewerkschaftsbürokratie.

1. Für alle Videos und Beiträge der Konferenz siehe: http://www.tvpts.tv/ConferenciaNacionaldeTrabajadoresPTS
2. Peronismus ist die dominierende politische Strömung in Argentinien. Sie entstand in den 1940er-Jahren unter Juan Perón, unterlief in der Zwischenzeit verschiedensten Etappen. Generell ist er eine Form des Bonapartismus sui generis. Siehe dazu den Artikel zu Bonapartismus in Klasse Gegen Klasse Nr. 3. http://www.klassegegenklasse.org/was-ist-bonapartismus/
3. Von Nestor Kirchner zu Beginn des Jahrhunderts geprägte Form des Peronismus, heute unter Cristina Fernandez de Kirchner weitergeführt. Für eine präzisen Bericht siehe: http://www.ft-ci.org/IMG/pdf/EI28_Argentina_Los_limites.pdf. (Auf Spanisch.)
4. Für eine genauere Erklärung der *sindicalismo de base* siehe den Artikel in unserer Broschüre zum CFM-Streik: http://www.klassegegenklasse.org/antiburokratische-klassenkampferische-alternative/.
5. Broschüre: Zanon gehört den ArbeiterInnen! http://www.klassegegenklasse.org/broschure-zanon-gehort-den-arbeiterinnen/.
6. Für einen intensiven Bericht des Wahlkampfes siehe: http://www.klassegegenklasse.org/revolutionarer-wahlkampf/

# Südeuropa im Strudel der Krise

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Die Krise in Europa, die Teil der Weltwirtschaftskrise ist, ist in einem neuen Stadium angekommen: Die Eurozone als Ganze befindet sich in der Rezession, nachdem sich selbst die bisherigen Krisengewinnler, allen voran Deutschland, immer stärker mit den wirtschaftlichen Folgen der Eurokrise konfrontiert sehen: Deutschland steuert laut OECD auf eine Rezession zu[1] und in Frankreich erreichte die Arbeitslosigkeit ein 13-Jahres-Hoch[2]. In Südeuropa sieht die Lage noch dramatischer aus: Laut einer Studie der ILO leiden die Menschen Griechenland und im Spanischen Staat mit jeweils über 20% unter den höchsten Arbeitslosenraten der Welt, und die Jugendarbeitslosigkeit liegt in beiden Ländern sogar bei über 50%[3].

## Die Eurozone als Epizentrum der Weltwirtschaftskrise

Die Eurozone ist neben den USA das Epizentrum der aktuellen Phase der Weltwirtschaftskrise, und als solches könnte ein Scheitern oder ein Erfolg der Politik der „Rettung" des Euros über den Verbleib in der Phase der lang anhaltenden Rezession, die wir in früheren Ausgaben analysiert haben, oder den Übergang zu einer schneller verlaufenden Depression entscheiden – wobei klar ist, dass mit dem Aufrechterhalten der Eurozone nicht zwangsläufig eine langsamere Geschwindigkeit der Krise einhergehen muss: Andere Faktoren wie die Zuspitzung der Widersprüche in den USA oder den sogenannten Schwellenländern wie auch eine Niederlage des Widerstandes der ArbeiterInnen und der Jugend in Europa könnten unvorhersehbare soziale und wirtschaftliche Konsequenzen haben.

In jedem Fall sehen sich die bisherigen „Motoren", die die Rezession auf weltweiter Ebene verlangsamt haben, allen voran China, durch die Verlangsamung des Weltmarktes mit einer Verlangsamung oder einem Stillstand ihres Wachstums konfrontiert, welches wiederum den Verlauf der Weltwirtschaftskrise beschleunigen könnte[4]. Und so ist klar, dass, während die Bourgeoisie auf weltweiter Ebene noch nicht vollständig die Kontrolle über die Krise verloren hat, ihre Mechanismen der Krisenbewältigung bisher nicht funktioniert haben und immer kostspieliger und weniger effektiv werden. Damit soll nicht gesagt sein, dass eine Große Depression unmittelbar bevorstünde, aber die Dynamik der Krise hat die Zukunft der Eurozone in eines der wichtigsten Kettenglieder der Weltwirtschaftskrise verwandelt, dessen Reißen die Weltwirtschaft als Ganzes in den Abgrund stürzen könnte.

## Die Interessen des deutschen Imperialismus

In dieser Situation kommt der Durchsetzungsfähigkeit der deutschen Krisenpolitik eine entscheidende Rolle zu. Denn bisher hatte die deutsche Regierung eine strikte Politik der harten Hand gegenüber den südeuropäischen Krisenstaaten vertreten. Diese Politik bekommt nun aber von außen und von innen verstärkt Gegenwind[5], in dem Maße, wie die Gefahr einer Verschärfung der Eurokrise durch die unnachgiebige Sparpolitik wächst. In diesem Zusammenhang steigen die innerimperialistischen Widersprüche zwischen Deutschland und Nordeuropa einerseits und Südeuropa inklusive Frankreich andererseits. Der EU-Gipfel Ende Juni zeigte dabei erste Anzeichen einer – bisher noch konjunkturellen – Blockbildung in diesem Sinne. Seitdem jedoch hat sich die deutsche Krisenpolitik zumindest in Richtung Italiens und des Spanischen Staats gelockert, dessen bisher größte Anzeichen in der Erlaubnis der direkten Finanzierung der spanischen Banken durch den Europäischen Finanzmarktstabilisierungs-

1. Zur Rezension in Deutschland siehe S. 6-7 in dieser Ausgabe.
2. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/oecd-deutschland-rutscht-in-die-rezession-11881164.html.
3. http://www.ftd.de/politik/europa/:statistik-der-ilo-spaniens-arbeitslosigkeit-bricht-weltrekord/70088251.html.
4. Siehe die neue Ausgabe von „Estrategia Internacional". (Auf Spanisch)
5. Zur deutschen Krisenpolitik siehe S. 5-9 in dieser Ausgabe.



fonds (EFSF) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie jüngst auch durch den direkten und unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) bestehen. Hier zeigt sich – trotz aller interner Diskussionen und Widerstände (ausgedrückt zum Beispiel durch die Opposition innerhalb der Regierung in Form von FDP und CSU) –, dass die deutsche Krisenpolitik sich hin zu einer sogenannten „Schuldenunion", zum Beispiel durch die perspektivische Einführung von Eurobonds, bewegt – wohlgemerkt aber erst, wenn die europäischen Haushalte einer mehr oder weniger direkten Kontrolle durch die deutsche Regierung unterliegen, wie sie im Europäischen Fiskalvertrag und den Regulierungsmechanismen des ESM in ersten Schritten vorangetrieben werden.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass quasi die gesamte deutsche (und europäische) Politik die kürzliche, positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Verfassungsmäßigkeit von ESM und Fiskalpakt jubelnd, oder zumindest mit Erleichterung, aufgenommen hat. Was im Falle der Ablehnung durch das Bundesverfassungsgericht eine Verschärfung der Eurokrise bedeutet hätte, wird nun zu einer Bestätigung, dass die deutsche Regierung „alles im Griff" hat – und die Opposition kann sich durch die Pseudo-Auflagen des Verfassungsgerichts ebenfalls wie eine Siegerin freuen. Die Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung weist aber eigentlich eher darauf hin, dass sich Regierung und Opposition über die Richtung der Ausweitung der deutschen Interessen auf Europa einig sind und sich nur um Details gestritten wird. Jedoch wird eine endgültige deutsche Zustimmung zur „Schuldenunion" erst kommen, wenn die deutsche Kontrolle über die südeuropäische Wirtschaft noch größer geworden ist – symbolischerweise rückte die EU-Kommission kürzlich von ihrer Idee eines europäischen Einlagensicherungsfonds als Vorstufe zu Eurobonds auf deutschen Druck hin ab.

Nichtsdestotrotz ist klar: Der deutsche Imperialismus nimmt inzwischen tendenziell eine Verlangsamung seiner eigenen Wirtschaft durch die stärkere Finanzierung der südeuropäischen Wirtschaften in Kauf, um den Zusammenbruch des Euro zu verhindern. Der Grund für den Wandel diese Politik liegt in der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Europäischen Union und des Euro für den deutschen Imperialismus, welche für seinen Aufstieg essentiell waren. Das Problem liegt nur darin, dass die Grundlagen der EU und des Euro durch die Krise in Frage gestellt wurden, weshalb es auch nicht ausgeschlossen werden kann, dass der deutsche Imperialismus, wenn er sich nach starken wirtschaftlichen und politischen Konvulsionen dazu gezwungen sehen sollte – oder im Falle eines Scheiterns der Eurorettungspolitik –, sich für eine andere Variante, beispielsweise eine verstärkte Orientierung nach Russland und Osteuropa, entscheiden könnte.

## Südeuropa vor dem Abgrund

Innerhalb von Europa ist Südeuropa das Zentrum der Krise. Die Konsequenzen der „Rettungspolitik" Deutschlands und der Troika zeigen dies ganz deutlich: Die Ökonomien Griechenlands, Italiens und Spaniens liegen am Boden, und die soziale Situation verschärft sich von Tag zu Tag. Der bisherige Höhepunkt der sozialen Angriffe findet sich in Griechenland, dem offiziellen Testfeld für die neoliberale Krisenbewältigungsstrategie: Neuerdings fordern die deutsche Regierung und die Troika im Einklang die Einführung der 6-Tage-Arbeitswoche und die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, in denen Arbeits- und Steuerrecht im Grunde genommen vollständig außer Kraft gesetzt werden. Hier zeigt sich einer der Grundpfeiler der deutschen und europäischen Krisenpolitik: die Umstrukturierung des südeuropäischen Arbeitsmarktes durch die Erhöhung der Ausbeutungsrate.

Gleichzeitig zeigt die Situation Südeuropas, dass sich die Krise in Europa zwar immer mehr vertieft und immer größere Konsequenzen für die ArbeiterInnenklasse und die Jugend hat, aber die Geschwindigkeit dieser Verschärfung eine eher langsame Dynamik besitzt. Insbesondere die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsapparate haben zudem eine verbrecherische Rolle gespielt, die mit einer „verantwortlichen", letztlich auf die Vermeidung von Kontrollverlust und auf Dampfablassung zielenden Politik, eine im Potential durchaus explosive Dynamik, wie sie in Griechenland durch mehr als 17 Generalstreiks oder durch die in ihren Kampfmethoden radikalen MinenarbeiterInnenstreiks in Asturien aufblitzte, fast vollständig ins Leere laufen ließ. Dies kombiniert sich mit einer illusionären Hoffnung, dass eine reformistische Perspektive à la SYRIZA, deren klassenversöhnlerische Politik darauf hinausläuft, die strategischen Interessen der Troika und des deutschen Imperialismus anzuerkennen, statt sie auf der Straße zu bekämpfen – denn nichts anderes ist ihre Vorstellung, dass die Interessen der griechischen Massen und die Beibehaltung der EU miteinander vereinbar wären – ein Ausweg für die ArbeiterInnen und die Jugend aus der Krise sein könne.

*Die Ökonomien Griechenlands, Italiens und Spaniens liegen am Boden, und die soziale Situation verschärft sich von Tag zu Tag.*

Insgesamt muss heute konstatiert werden, dass der Klassenkampf in Europa zumindest von unten rückläufig ist – was sich aber durch die Dynamik der Krise selbst wieder schnell ändern kann. In dieser Situation kommt dem Spanischen Staat eine Schlüsselrolle zu: Aufgrund seiner ökonomischen Wichtigkeit innerhalb Europas würde ein Kollaps der spanischen Wirtschaft die Wahrscheinlichkeit eines Zerfalls der Eurozone (und möglicherweise der EU) um ein Vielfaches erhöhen. Weiterhin zeigen die Mobilisierungen der letzten Monate wie der MinenarbeiterInnenstreik, trotz seiner großen Beschränkungen, das große Potential der spanischen ArbeiterInnenklasse und der Jugend.

Gegen die reformistischen und zentristischen Varianten der Perspektive, dass ein „soziales Europa" unter kapitalistischen Vorzeichen eine Möglichkeit sei, weshalb eine Perspektive der „Rettung des Euro" leider unabdingbar wäre (so etwa sagt es SYRIZA), müssen wir den Bruch mit den Interessen der Troika und des deutschen Imperialismus und den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zur Perspektive der Stunde erheben. Weder die Beibehaltung der Eurozone noch ihr Zerfall können die ArbeiterInnenklasse und die Jugend davor bewahren, die Kosten der Krise mit immer schärferen sozialen Einschnitten, Lohnkürzungen, verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen etc. bezahlen zu müssen.

Dies kann nur der konsequente Kampf für eine unabhängige, antiimperialistische, internationalistische, sozialistische, sowjetische Perspektive der ArbeiterInnenklasse – eine Perspektive, die aufzeigt, dass allein der Widerstand derjenigen, die die wahren ProduzentInnen sind, gemeinsam mit den Jugendlichen und armen Massen Europas, mittels Streiks, Besetzungen, Enteignungen und Verstaatlichungen unter ArbeiterInnenkontrolle der Betriebe, die entlassen oder schließen wollen, die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung vertreten kann. Gleichzeitig beinhaltet dies einen konsequenten Kampf gegen die kollaborationistischen Gewerkschaftsbürokratien durch den Aufbau von klassenkämpferischen, antibürokratischen Strömungen in den Gewerkschaften.

Um dies zu erreichen und die Erfahrungen der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung zu synthetisieren, müssen wir für den Aufbau einer revolutionären Partei in Deutschland und international kämpfen – für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!



# Nach den Wahlen vom 17. Juni in Griechenland

von **Philippe Alcoy** (CCR, Paris)

Um die Regierung Samaras im Dienste der Troika in die Knie zu zwingen, werden wir die Lösung nicht im Parlament finden. Wir müssen den Weg des Kampfes wieder betreten und die Reihen der ArbeiterInnen und der Jugend wieder schließen.

Am Ende hat die Mitte-Rechts-Partei, Neue Demokratie (ND) von Antonio Samaras, die Parlamentswahlen vom 17. Juni gewonnen. Ein sehr knapper Sieg, mit 29,6% der Stimmen gegen 26,8% für SYRIZA, der von Alexis Tsipras angeführten „Koalition der radikalen Linken".

## Eine „seltsame" Regierung von ND-PASOK-DIMAR

Das absolut undemokratische Wahlrecht, vor einigen Jahren von den griechischen SozialdemokratInnen der PASOK konstruiert, schenkt der Partei mit den meisten Stimmen einen „Bonus" von 50 Sitzen. Dadurch hat ND nun 129 von 300 Abgeordneten, gegen 71 von SYRIZA. Um seine Regierung in Diensten der Troika aus EU, EZB und IWF aufstellen zu können und die Mehrheit im Parlament zu gewinnen, hat Samaras nun an die Abgeordneten von PASOK appelliert (12% der Stimmen, 33 Sitze), genauso an die der Demokratischen Linken (DIMAR, rechte Abspaltung von SYRIZA, 6% und 17 Sitze, die ursprünglich gesagt hatte, sie stelle sich gegen die Sparprogramme und die Memoranden). „Für diejenigen, die nicht mit der griechischen Situation vertraut sind", unterstreicht ein Analyst, „mag diese Koalition ein wenig seltsam erscheinen, aber das ist nicht der Fall; in den letzten Monaten haben diese drei Parteien eine inoffizielle Gruppe gebildet, die der Ansicht war, dass Griechenland um jeden Preis in der Eurozone bleiben müsse, alle bemüht die ausgehandelten Memoranden der EZB und des IWF zu reformieren." In diesem Sinne „suchten die Wähler der ND und ihrer PartnerInnen nach Stabilität, den Ausstieg Griechenlands aus dem Euro befürchtend und einen starken Widerwillen gegen die linke Rhetorik von SYRIZA verspürend."[1]

Die Wahlen vom 6. Mai haben, auf der elektoralen Ebene, wie der Zusammenbruch des 1974 nach dem Fall der Militärdiktatur etablierten Regimes ausgesehen. Denn in diesen vorgezogenen Wahlen nach dem Ende der technokratischen Regierung von Lukas Papademos haben die Säulen des griechischen Zweiparteiensystems, ND und PASOK, zusammen nur 32% der abgegebenen Stimmen bekommen. Keine stabile Mehrheit konnte sich aus den Ergebnissen bilden, was zu einer Neuwahl führte. Am 17. Juni haben die konservativeren Sektoren der Gesellschaft einen Block um ND gebildet. Die Parteien der Austerität, Säulen des Zweiparteiensystems, haben nun 42% der abgegebenen Stimmen bekommen (48%, wenn man die Stimmen von DIMAR dazu zählt). So konnten die Bourgeoisie und die Troika, inmitten des Debakels, ein gewisses, wenn auch sehr instabiles Gleichgewicht finden. Wie lange wird es halten? Das wird von der Entwicklung der weltweiten Wirtschaftskrise, ihrer Auswirkungen in der Eurozone, der Entwicklung der spanischen und der italienischen Krise und selbstverständlich vom Rhythmus des Klassenkampfes abhängen.

Das alles soll nicht heißen, die griechische Bourgeoisie habe eine neue stabile Form des Zweiparteiensystems gefunden, mit den Parteien der Austerität auf der einen, und SYRIZA auf der anderen Seite. Im Endeffekt, auch wenn die Koalition der „radikalen Linken" ihren Kurs gemäßigt und sich als eine „verantwortungsvolle Linke" präsentiert hat, je stärker die Stimmen in den Umfragen für sie anstiegen, ist im Hinblick auf die Wahlen vom 17. Juni[2] für die nationale Bourgeoisie wie für ihre „PartnerInnen" auf den Finanzmärkten in keinem Fall eine „vollwertige und glaubwürdige" Option (zumindest nicht im Moment). Es muss hinzugefügt werden, dass der Rekordwert von 38% Nicht-WählerInnen ebenfalls ein Ausdruck des Legitimitätsverlustes des Regimes in den Augen der Massen ist.

## Das Ergebnis der Neonazis: Eine bedenkliche Erscheinung für die ArbeiterInnenbewegung

Eines der Elemente, das die größte Aufmerksamkeit der ArbeiterInnen und der RevolutionärInnen verdient, ist das Ergebnis der extremen Rechten, verkörpert durch die „unabhängigen Griechen" (einer chauvinistischen und xenophoben Abspaltung von ND) und die „Goldene Morgenröte" (Chryssi Avghi) , einer offen neonazistischen Strömung. Auch wenn die „unabhängigen Griechen" ein bisschen an Land verloren haben mit ihren 7,5% im Vergleich zu ihren 10% im Mai (was ND zu Gute kam), konnte Chryssi Avghi ihre 7% halten. Dies ist ein sehr hohes Ergebnis für eine halb-mafiöse Gruppe mit einem explizit rassistischen und xenophoben Diskurs, für die der privilegierte Klüngel heutzutage die ImmigrantInnen sind (mit oder ohne Papiere). Ihre Fraktion von 18 Abgeordneten im Parlament stellt ihnen eine ausgezeichnete Tribüne zu Verfügung, um ihr ultrareaktionäres Gift zu verbreiten, das die Ausgebeuteten in (gute) Einheimische und „verbrecherische Einwanderer" zu spalten versucht. Zweifellos wird die Bourgeoisie keinen Augenblick zögern, die Banden der Goldenen Morgenröte wenn nötig gegen die gesamte ArbeiterInnenbewegung zu verwenden, und nicht nur gegen migrantische ArbeiterInnen und linke AktivistInnen, wie bisher.

Dieser Aufschwung rechtsextremer Ideen reagiert im Grunde auf eine Situation der tiefen ökonomischen und sozialen Krise, eingebettet in die weltweite Krise des Kapitalismus, die die griechische Gesellschaft erschüttert. Nichtsdestoweniger spielen die Parteien der „Mitte" eine verhängnisvolle Rolle, in dem sie mit ihrem immer xenophoberen Diskurs reaktionärere Ideen legitimieren. So wird, wenn sie ins Parlament zurückkehren, der Diskurs von Chryssi Avghi, „Razzien in Krankenhäusern und Kindergärten durchzuführen und die ImmigrantInnen und ihre Kinder auf die Straße zu werfen, damit GriechInnen ihren Platz einnehmen können"[3] in die gleiche Richtung wie der Diskurs der etablierten Parteien gehen. Im Endeffekt ist es in diesem Zusammenhang „schwierig, zwischen der herrschenden Rhe-

1. Kostis Karpozilos, „The Forces of ‚Stability' Win in Greece: Social Disintegration Continues". 22. Juni 2012. http://dissentmagazine.org/atw.php?id=786. (Eigene Übersetzung.)

2. Siehe: Philippe Alcoy, Syriza und die Position von RevolutionärInnen, 24. Juni 2012. http://www.klassegegenklasse.org/syriza-und-die-position-von-revolutionarinnen/

3. The Guardian, „Golden Dawn threatens hospital raids against immigrants in Greece", 12. Juni 2012.



Die Chefs der Regierungsparteien: Fotis Kouvelis von der Demokratischen Linken, Andonis Samaras von Nea Dimokratia, Evangelos Venizelos von der PASOK

torik von der 'Invasion der illegalen ImmigrantInnen' und dem 'extremistischen' Slogan 'Ausländer raus aus Griechenland' von Chryssi Avghi zu unterscheiden. Vor diesem Hintergrund sieht die Goldene Morgenröte so aus, als wolle sie lediglich 'Recht und Ordnung' in Athens Straßen garantieren, wie es die anderen Partei der Rechten ebenfalls tun. Es ist kein Zufall, dass die Goldene Morgenröte eine große Popularität bei den Polizeikräften besitzt. In einer bekannten Fernsehsendung hat ein Abgeordneter von Chryssi Avghi, Ilias Kasidiaris, zwei linke Abgeordnete körperlich angegriffen, und einige haben geglaubt, dass dieser Akt diejenigen, die für die Goldene Morgenröte gestimmt haben, davon abhalten würde, es wieder zu tun. Aber Kasidiaris ist wiedergewählt worden, und viele haben diesen Angriff als eine Attacke auf die korrupte politische Ordnung gesehen."[4]

Aber die Goldene Morgenröte wird sich nicht mit Reden aufhalten oder sich auf das „parlamentarische Spiel" beschränken. Bereits jetzt führen ihre AktivistInnen Angriffe vor allem auf migrantische ArbeiterInnen. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, Gewerkschaften, Parteien und die antifaschistischen Bewegungen selbstorganisierte Organe der Selbstverteidigung schaffen. Diese müssen den Kampf gegen Aggressionen faschistischer Banden und xenophobe Hetze mit Forderungen nach Notfallmaßnahmen und Übergangsforderungen gegen die Folgen der Krise und die Sparpläne verbinden. Der Boden, auf dem die Faschisten wachsen ist das Elend, die Folgen der Krise. Um sie zu bekämpfen ist es notwendig, dass die ArbeiterInnen, griechisch und migrantisch, die radikalisierte Jugend und revolutionäre AktivistInnen beginnen, gegen die nicht weniger reaktionäre Spaltung der ArbeiterInnenbewegung durch die Gewerkschaftsbürokratien und ihre reformistischen Komplizen zu kämpfen, im Sinne der Splitterung der Gewerkschaften in die zwei Föderationen (ADEDY und GSEE) und die gewerkschaftliche Strömung der griechischen KP (PAME), die alle gemeinsame Mobilisierung der ArbeiterInnen ablehnen, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen. Genauso ist es nötig in den Fabriken, den Bildungsstätten und den Stadtvierteln eine ArbeiterInneneinheitsfront aufzustellen. Weder, indem es die Polizei des bürgerlichen Staates zur Hilfe ruft, noch indem sie von der Justiz eben dieses Staates fordert, die faschistischen Gruppen zu „verbieten", kann sich das Proletariat ihrer entledigen. Noch einmal, wir dürfen in unserem Kampf gegen den Faschismus kein Vertrauen in den Staat der KapitalistInnen haben.

4. Kostis Karpozilos, a.a.O.

Einzig die Einheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Selbstverteidigung erlauben einen effektiven Kampf gegen die faschistischen Banden, die, wenn die Situation völlig eskaliert und die ArbeiterInnen auf die Straße zurückkehren, sich in den Dienst des Großkapitals stellen werden.

## SYRIZA: eine „verantwortungsbewusste Opposition"?

SYRIZA ist bei den Wahlen nicht Erster geworden, wie es einige Umfragen vorhergesehen hatten. Die Gruppe von Tsipras ist dennoch „siegreich" aus den Wahlen gekommen. Im Endeffekt wäre ihr Wahlprogramm unmöglich zu verwirklichen gewesen. Während sie sich gegen die Sparmaßnahmen und die Memoranden stellen (auch wenn sie sich mit der Zeit hin zu einer „diplomatischen" Haltung zur Troika entwickelt haben), hat sich Tsipras für einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone und der EU ausgesprochen. Und das, ohne dass die griechische Bourgeoisie und die internationalen GläubigerInnen auf eine von SYRIZA angeführte Volksfrontregierung zur Beruhigung der Lage gewettet hätte. Eine Fraktion der SYRIZA-Führung war sich selbst dieses unlösbaren Widerspruches bewusst. Deshalb hat nur wenige Tage vor der Wahl Nikos Hanias, Kandidat von SYRIZA für Korinth auf der peloponnesischen Halbinsel, seinen Rücktritt erklärt, denn, wie er sagte, „wenn SYRIZA auch nur für eine Stunde an die Macht käme, wäre das katastrophal für Griechenland und unsere Kinder."[5]

Vor diesem Hintergrund hätte ein Sieg von SYRIZA sicherlich die Blockadesituation verlängert, die Bildung einer Regierung erschwert und so die Situation der Instabilität verschärft, was die Führer von SYRIZA ebenfalls verhindern wollten. In diesem Sinne hat Tsipras erklärt, „dass die Abwesenheit einer Regierung nicht weitergehen könne. (…) Ein Land braucht eine Regierung, sei sie rechts oder links"[6]. So hat die Tatsache, dass ND siegen und mit ihren PartnerInnen eine Regierung bilden konnte, SYRIZA in eine „bequeme" Lage gebracht, als Hauptkraft der linken Opposition im Parlament[7], wo die Kommunistische Partei (KKE)

5. Greek Reporter, „SYRIZA Former Candidate: ‚If We Governed for Only One Hour, It Would be a Catastrophe'", 12. Juni /2012. http://greece.greekreporter.com/2012/06/12/syriza-former-candidate-if-we-governed-for-1-hour-only-this-would-be-a-catastrophe/. (Eigene Übersetzung.)

6. The Guardian, a.a.O.

7. Die Koalition „antikapitalistischer" Gruppen, ANTARSYA, hat 0,33% der



sich in Folge ihrer sektiererischen und selbstherrlichen Politik stark verkleinert hat.

Aber wenn die von ND angeführte Regierung sich der vollen Kontinuität der Attacken gegen die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen und der Massen verschreibt, kann Tsipras nicht mehr so gut verheimlichen, was schon im Wahlkampf herauskam: Er hat durchaus die Absicht, die Kämpfe und die Wut, die sich in den Betrieben und auf den Straßen ausdrückt, in institutionelle und parlamentarische Formen zu leiten, sie zu kontrollieren und zu beherrschen. Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse erklärte Tsipras, dass „SYRIZA ihre Sympathisanten nicht dazu aufrufen wird, auf den Straßen gegen die Sparmaßnahmen zu demonstrieren (…) [Sie] wird ihre Energien darauf konzentrieren, 'einen Schutzschild für all die zu schaffen, die an den Rand gedrängt werden. Die Solidarität und der Widerstand sind beide wichtig, aber momentan ist die Solidarität das Wichtigere. Unsere Rolle ist es inner- und außerhalb des Parlamentes zu sein, um die positiven Maßnahmen zu unterstützen und die negativen zu verurteilen, immer indem wir Alternativen vorschlagen. Griechenland braucht mutige und entschiedene Führer, die in der Lage sind die Wut des Volkes dazu zu nutzen, das Beste für das Land zu erreichen.'"[8]

Stimmen erreicht. Ein Rückschritt im Vergleich zu den Wahlen am 6. Mai, wo sie 1,19% bekommen hatten. Obwohl sie einige Punkte verteidigt haben, die SYRIZA nicht verteidigte (wie die Verstaatlichung der Banken und strategischer Unternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle, die Annullierung der Memoranden und der Bruch von EU und Eurozone, u.a.) hat ANTARSYA ohne Zweifel dem Druck der „nützlichen Stimme" für SYRIZA beigegeben.

8. Reuters, „Tsipras – Greek rage to force bailout changes", 19. Juni 2012. http://uk.reuters.com/article/2012/06/19/uk-greece-election-tsipras-idUKBRE85I17E20120619. (Eigene Übersetzung.)

## Die Situation in Griechenland ist dennoch längst nicht stabil…

Anstatt ihre Parlamentssitze dafür zu benutzen, eine Tribüne für die ArbeiterInnen und die Massen zu schaffen, sieht man, wie SYRIZA darauf besteht, mit ihnen die Mobilisierung der ArbeiterInnen und der Massen zu bremsen. In dem Moment, in dem die Attacken der Troika und ihrer lokalen Komplizen weitergehen werden, ist es notwendig, sich im Gegenteil darauf vorzubereiten, sie in den Straßen zu bekämpfen, mittels Streiks, Besetzungen und Mobilisierungen in den Betrieben, den Nachbarschaften, den Universitäten und den Schulen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Fall der Zuspitzung der Klassenkämpfe die aktuelle Regierung immer bonapartistischer wird, wenn nicht die KapitalistInnen sogar entscheiden, die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie ganz auszusetzen, um Repressionen gegen die Ausgebeuteten durchzuführen, ohne darauf zu verzichten an, verbrecherische faschistische Banden zu appellieren. In dieser Perspektive kann die Politik der Kanalisierung der Kämpfe in das „parlamentarische Spiel" durch Tsipras nur katastrophal für die ArbeiterInnenbewegung sein. Im Gegensatz zu einer solchen „Linksopposition", die sich für einen Alternativengeber einer Regierung im Dienste der Troika hält, ist es notwendig, alle ArbeiterInnen hinter einem Programm dringender Übergangsforderungen zu mobilisieren um die Troika und ihre Komplizen in die Knie zu zwingen. In diesem Sinne ist auch die Solidarität mit der griechischen ArbeiterInnenklasse und Jugend, auch in den imperialistischen Zentren Deutschland und Frankreich, notwendig. Die Fort- und Rückschritte in Griechenland werden einen gigantischen Einfluss auf unsere Fähigkeit haben, hier der Austeritätspolitik für die Bosse der Regierungen Hollande und Merkel zu widerstehen, die die brutalen Memoranden gegen das griechische Volk gemeinsam und mit Brüssel durchsetzen.

## Praktische Solidarität für Griechenland: Das Solidaritätskomitee

von **Tom Hirschfeld** (RIO, Berlin)

Angesichts der immer drastischeren Verelendung der Massen in Griechenland ist Solidarität eine praktische Notwendigkeit – und zwar längst nicht nur aus Sicht der GriechInnen, die unter dem Spardiktat der Troika leiden, sondern auch im Interesse der gesamten europäischen ArbeiterInnenklasse einschließlich der deutschen. Denn es ist klar, dass auch hierzulande eher früher als später der Druck auf Löhne und Lebensstandards massiv erhöht werden wird, wenn es keinen organisierten Widerstand dagegen gibt.

Unter diesen Vorzeichen wurde im Juni das „Griechenland-Solidaritätskomitee Berlin" gegründet, dass vor allem von einigen trotzkistischen Gruppen aber auch von Organisationen wie Avanti oder Teilen der Linkspartei und unabhängigen AktivistInnen getragen wird.

Innerhalb des Komitees ist es eigentlich Konsens, dass die Solidarität der griechischen ArbeiterInnenklasse und den unterdrückten Massen gilt und die griechische, ebenso wie die deutsche und gesamte europäische KapitalistInnenklasse als gemeinsamer Feind bekämpft werden muss. Leider werden diese Positionen nicht offen und konsequent nach außen vertreten sondern immer etwas entschärft – aus Angst, die „Massen" oder potentielle BündnispartnerInnen wie die Gewerkschaften zu verschrecken. Wir von RIO glauben allerdings nicht, dass es sinnvoll ist, vorauseilend die eigenen Positionen zu verstecken – insbesondere, da die politisch fortgeschritteneren und radikaleren ArbeiterInnen und Jugendlichen das wichtigste Zielpublikum für Solidaritätskampagnen darstellen. Statt sich von vornherein dem herrschenden Diskurs anzunähern, sollte stattdessen eine radikale Debatte über die Rolle des deutschen Imperialismus und die Funktion der EU angestoßen werden.

Trotz seines Namens ist das Solidaritätskomitee ganz klar internationalistisch ausgerichtet, was sich auch bei der ersten größeren Aktion des Komitees zeigt: Unter dem Motto „Athen, Berlin, Madrid – Gemeinsam gegen Sparpolitik" wird es am 25. September in Berlin eine Demonstration zum Haus der Deutschen Wirtschaft geben. Anlass ist dabei auch der „Marsch auf Madrid" zu dem radikale linke Organisationen im Spanischen Staat am selben Tag aufgerufen haben. Dementsprechend wird die Aktion gemeinsam mit spanischen und griechischen Gruppen in Berlin organisiert. Auf der geplanten Abschlusskundgebung wird es auch ein offenes Mikrofon geben, damit alle Beteiligten über die richtige Strategie für wirkungsvolle Solidarität und gemeinsamen Widerstand diskutieren können.

Zusätzlich sind für die Zukunft auch kulturelle Veranstaltungen und die Veröffentlichung spezieller Gegenpropaganda zu den Lügen der Konzernmedien über „faule und korrupte Griechen" usw. geplant. Unserer Ansicht nach kann aber der beste Beitrag des Komitees zu mehr Solidarität derzeit in der Organisierung kämpferischer und öffentlichkeitswirksamer Aktionen bestehen, die politisch klar die Rolle Deutschlands als mächtigstem imperialistischem Akteur innerhalb der EU herausstellen und auf den gemeinsamen solidarischen Kampf der europäischen ArbeiterInnen und Jugend abzielen.



# Debatte: Kann SYRIZA eine revolutionäre Partei werden?

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Der Höhenflug von SYRIZA hat eine breite Debatte in der revolutionären Linken ausgelöst. Viele Kräfte, die sich auf den Trotzkismus berufen, unterstützten Tsipras und Co. mehr oder weniger unkritisch. Aber auch unter den Kräften, die SYRIZA richtigerweise als eine reformistische Partei kritisieren und den Aufbau einer revolutionären Alternative fordern, gibt es den Vorschlag, die letztere aus der ersteren zu schaffen. So schrieb die „Liga für die Fünfte Internationale" (LFI, internationale Strömung der Gruppe Arbeitermacht) in einer Stellungnahme: *„RevolutionärInnen müssen dafür kämpfen, Syriza zu einer Partei des Kampfes, einer Partei der Aktion zu machen, mit einem Wort: zu einer revolutionären Partei."* Nach dem guten Wahlergebnis stünde diese eurokommunistische Partei *„vor der Herausforderung, […] die ‚Regierung der nationalen Rettung' [zu] verjagen und eine Arbeiterregierung [zu] errichten".*[1]

Aber dummerweise erklären alle SprecherInnnen von SYRIZA bei jeder Gelegenheit, dass sie den Euro und die Europäische Union retten wollen – sie sehen ihre Herausforderung darin, das kapitalistische System aufrecht zu erhalten und nicht zu stürzen. Vor diesem Hintergrund haben sie in der Vergangenheit hin und wieder zu Aktionen aufgerufen – aber immer mit der Perspektive, die Aktionen der Massen zurückzuhalten. Denn eine reformistische Partei, die auch Aktionen macht, ist eben keine revolutionäre Partei – nicht „mit einem Wort" und auch sonst nicht.

Die LFI schlägt RevolutionärInnen in Griechenland vor, in SYRIZA einzutreten und dafür zu kämpfen, *„Syriza vom Einfluss des Reformismus zu befreien und ein revolutionäres Programm durchzusetzen."*[2] *„So könnte Syriza noch stärker zu einer Führung im Kampf für die Macht der Arbeiterklasse werden."*[3]

SYRIZA ist aber nicht eine undefinierte Partei, die mehr oder weniger unter dem Einfluss des Reformismus steht, und noch weniger ist sie eine mehr oder weniger starke Führung im Kampf für die Macht der ArbeiterInnen. Sie ist im Wesentlichen ein Wahlverein ohne starke organische Bindungen zur ArbeiterInnenklasse in Griechenland.

Die LFI ruft trotzdem dazu auf, Entrismus in SYRIZA zu machen. Entrismus ist jedoch richtig verstanden die Taktik, dass eine revolutionäre Gruppe in eine reformistische Massenpartei eintritt, um Teile der Basis von der Partei zu brechen[4]. Doch die LFI verbindet ihre Taktik, im Gegensatz zur Entrismus-Taktik Trotzkis, mit der Illusion, dass man dadurch eine reformistische Partei in eine revolutionäre verwandelt werden könnte. Davon gibt es keinerlei historische Beispiele: selbst in Fällen, in denen eine klare Mehrheit in einer linksreformistischen Partei für eine revolutionäre Perspektive gewonnen wurde, etwa bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Jahr 1920 oder bei der *Section Française de L'Internationale Ouvrière* (SFIO) im gleichen Jahr, mussten die Mehrheit mit den Parteispitzen und ihren Apparaten brechen, um jeweils kommunistische Parteien zu gründen.

Trotzki kritisierte die stalinistische Führung der Komintern dafür, dass sie die chinesische Nationalpartei KMT in eine revolutionäre Partei verwandeln wollten. *„Wenn man die Kuomintang nicht als bürgerliche Partei, sondern als neutrale Arena für den Kampf um die Massen betrachtet, wenn man mit den neun Zehnteln der linken Basis auftrumpft, um die Frage, wer der Herr im Hause ist, zu verschleiern, so bedeutet das, daß man die Stärke und die Macht der Spitze festigt".* Die StalinistInnen haben *„sich vorgemacht, daß durch einfache Neuwahlen auf den Parteitagen der Kuomintang die Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats übergehen werde. Kann man sich eine rührendere, idealistische-re Anbetung der ‚Parteidemokratie' […] vorstellen?"*[5]

Genau diese idealistische Vorstellung, die Trotzki kritisierte, wurde von verschiedenen Teilen der trotzkistischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg übernommen. TrotzkistInnen wie Michael Pablo oder Ted Grant argumentierten, dass sozialdemokratische oder stalinistische Parteien durch eine längerfristige und halb versteckte Beeinflussung durch TrotzkistInnen in Instrumente der proletarischen Revolution verwandelt werden könnten. So rechtfertigten sie ihre teilweise jahrzehntelange Anpassung an reformistische Parteien.

Sonst bemühen sich die GenossInnen der LFI, sich von dieser zentristischen Tradition zu distanzieren, doch im Falle von SYRIZA vertreten sie eine klar zentristische Vorstellung. Obwohl sie beispielsweise bei einer Veranstaltung in Berlin verneinten, dass SYRIZA zu einer revolutionären Partei gemacht werden könnte, rufen sie in ihren Publikationen immer wieder unzweideutig dazu auf. Diese Art des Hin- und Her-Schwankens ist typisch für eine zentristische Perspektive.

Leider schlagen sie illusorischen Projekte dieser Art nicht nur bei SYRIZA, sondern auch auf internationaler Ebene vor: Um das Ziel einer revolutionären Internationale der ArbeiterInnen und Jugend zu erreichen, schlagen sie vor, irgendeine Internationale mit irgendwem – etwa mit dem venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez und seiner bürgerlich-nationalistischen Partei PSUV – gründen und diese für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Mit dieser Perspektive haben wir schon mehrmals öffentlich debattiert und vor diesem Hintergrund laden wir die GenossInnen zur Debatte über ihre Politik zu SYRIZA ein.

1. Stellungnahme der LFI. 18. Juni 2012. http://www.arbeitermacht.de/infomail/628/griechenland.htm.
2. Stellungnahme der LFI. 5. Juli 2012. http://www.arbeitermacht.de/infomail/632/griechenland.htm
3. LFI: 18. Juni.
4. Wir möchten uns bald in einem ausführlicheren Artikel der Frage des Entrismus widmen.
5. Leo Trotzki: Die Dritte Internationale nach Lenin. Essen 1993. S. 216. Auch wenn wir SYRIZA nicht als bürgerliche Partei, sondern als bürgerliche ArbeiterInnenpartei definieren würden, glauben wir, dass das Zitat auch hier Anwendung finden kann, da die Parteispitze aus VertreterInnen der Interessen der Bourgeoisie besteht.



# Spanischer Staat:
# Der Kampf

von **Mark Turm** (RIO, Saarbrücken)

Die Krise in Europa vertieft sich von Tag zu Tag. In den südeuropäischen Staaten hat die Krise zu einem regelrechten Einbruch der Wirtschaft geführt. Länder wie Griechenland oder neuerdings der Spanische Staat sind an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten und destabilisieren zusätzlich die ohnehin angeschlagene Eurozone.

Spanien, die ehemals fünftgrößte Wirtschaft Europas, wird zum ernsthaften Problem für die Zukunft der Europäischen Union, denn aufgrund der engen Wirtschaftsbeziehungen Spaniens mit Frankreich und Deutschland könnte Spaniens Fall diese Motoren der EU und somit die EU insgesamt als das Europa des Kapitals in die Tiefe stürzen. Seit dem Platzen der von den deutschen Banken maßgeblich finanzierten Immobilienblase im Jahr 2008 ist der Spanische Staat in einen Sog der Schuldenkrise geraten, der auch die deutschen Banken und Kreditinstitute mitzunehmen droht[1].

Die herrschende Klasse Spaniens versucht mittels ihres Staates, ihre Krise zu bekämpfen, indem sie ihre eigenen Verluste und die der ausländischen GläubigerInnen, die als Folge des Platzens der Spekulationsblase im Bau- und Immobiliensektor entstanden waren, zu sozialisieren versucht. Das war der Fall Anfang August 2011, als das durch den Zusammenschluss von mehreren Sparkassen mit einer Vielzahl von faulen Immobilienkrediten in ihren Bilanzen gegründete Kreditinstitut Bankia[2] nach mehreren Finanzspritzen in Milliardenhöhe durch die Zentralregierung vollständig verstaatlicht wurde. Man konnte die Verluste nicht mehr durch Zahlenspiele verstecken. Gleichzeitig legen vor allem spanische Banken ihre Gelder vermehrt im Ausland an. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres zogen Anleger insgesamt 163 Milliarden Euro aus Spanien ab, was 16 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.

Intern sieht es für Spanien nicht besser aus, im Gegenteil: Die Finanzlage der Autonomen Gemeinschaften spitzt sich ununterbrochen zu. So hat Katalonien, stärkste Wirtschaftsregion des Landes, die ein Viertel des spanischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, den größten Schuldenberg angehäuft, insgesamt rund 42 Milliarden Euro. Um dieser sich zuspitzenden Finanzlage zu begegnen, haben bereits jetzt vier Regionen (Katalonien, Murcia, Valencia und Andalusien) bei der Zentralregierung in Madrid Finanzhilfen in Milliardenhöhe beantragt, nachdem die Zentralregierung im Juli 2012 einen 18 Milliarden Euro schweren Liquiditätsfonds für die Autonomen Gemeinschaften geschaffen hatte, der ähnlich funktioniert wie der europäische EFSF, und der die Umgehung der in den Autonomie- Statuten festgelegten Eigenständigkeit der Regionen in Haushaltsfragen vorschreibt.

Die Spannungen zwischen den verschiedenen regionalen Bourgeoisien im Spanischen Staat spitzen sich zu. Die katalanische Bourgeoisie droht mit der Unabhängigkeit Kataloniens,

1. Spaniens Staat, Unternehmen und Banken haben Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Geldhäusern und Versicherungen in Milliardenhöhe. Laut Bundesbank beziffern sich die Forderungen der Banken im März auf 112,7 Milliarden Euro.
2. Bankia ging aus dem Zusammenschluss der Sparkassen Caja Madrid und Bancaja mit fünf kleineren Geldinstituten hervor.

*Die BergarbeiterInnen kommen am Abend in Madrid an*

# der Kumpel

will aber nur eine größere finanzielle Eigenständigkeit. Dabei greift sie die berechtigten Forderungen der katalanischen Massen nach Selbstbestimmung auf, um sich eine soziale Basis zu verschaffen, um bessere Bedingungen gegenüber der spanischen Bourgeoisie auszuhandeln. Damit lenkt sie von der Tatsache ab, dass die katalanische Regierung die Vorreiterin bei den Kürzungen im sozialen Bereich ist, was ihren reaktionären Charakter unterstreicht.

Alles deutet darauf hin, dass sich der Spanische Staat, neben Griechenland, schnell in das neue „schwächste Glied" der EU verwandeln könnte. Die Krise des post-franquistischen Regimes, mit dem sich der spanische Kapitalismus seit dem Ende der Diktatur ausdehnen konnte, verschlimmert sich. Ihre institutionellen Säulen sind wackelig, angefangen bei der Monarchie. Auch die territoriale Einteilung in die Autonomen Gemeinschaften wird in Frage gestellt, denn alle Flügel der Bourgeoisie sind sich darüber einig, den „Sozialstaat" in seiner bisherigen Form abzuschaffen, aber die Probleme fangen an, sobald entschieden werden muss, wer als Erster mit Kürzungen dran ist. Ein Ausdruck dieser Spannungen ist der Streit um die Hilfen für Katalonien aus dem Liquiditätsfonds für die Autonomen Gemeinschaften. Nun versucht die katalanische Bourgeoisie mit Unabhängigkeitsparolen, sich einen größeren Verhandlungsspielraum zu verschaffen. Dieser Kurs kann jedoch Kräfte frei setzen, die weit über das Ziel hinaus gehen, das sie erreichen will. Die gewaltige Demonstration für die Unabhängigkeit Kataloniens, auf der 1,5 Millionen Menschen Barcelona zum Erliegen brachten, ist eine erste Kostprobe. Die nationale Frage in Spanien kommt angesichts der harten Sparmaßnahmen mit Wucht zurück, und droht das Nachfolgeregime der Franco-Diktatur in die Luft zu sprengen.

Auch der Pakt von Moncloa von 1977, mit dem der „friedliche Übergang zur Demokratie" beschlossen wurde, ohne die Interessen der KapitalistInnen anzutasten, und das auf die so genannte Sozialpartnerschaft und die Standortlogik gegründete Gewerkschaftsmodell sind schwer angeschlagen. Der Versuch der Rücknahme historisch erkämpfter Rechte der ArbeiterInnen durch Arbeitsmarktreformen, die an Arbeitsgesetze der Franco-Ära erinnern, kann dazu führen, dass die von der Gewerkschaftsbürokratie garantierte Stabilität durchbrochen wird. Die Brutalität der Angriffe der Bourgeoisie erschwert die Arbeit der Gewerkschaftsbosse wie Ignacio Fernández Toxo und Cándido Méndez, Anführer der Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT, oder ihrer NachfolgerInnen, die stets eine Politik der Klassenversöhnung verfolgten, dabei Arbeitskämpfe kanalisieren und ins Leere laufen lassen. Ein beeindruckendes erstes Beispiel davon war der 65-tägige Streik der Kumpels aus den Kohlerevieren in Asturien, León und Navarra gewesen, der das ganze Land aufgrund ihrer radikalen Kampfmethoden sowie der riesigen Solidaritätswelle unter breiten Schichten der Bevölkerung erschütterte.

## Die sozialen Folgen der kapitalistischen Krise

Die spanische Regierung versucht, die Krise mit einem milliardenschweren Sparpaket zu stemmen. Bis zu 65 Milliarden Euro will die Regierung in den nächsten zweieinhalb Jahren einsparen. Um den Bankensektor zu retten und die Interessen der KapitalistInnen zu schützen, müssen die Lohnabhängigen und verarmten Massen in Spanien eine weitere massive Senkung ihres Lebensstandards dulden. Bereits bevor die brutalen Kürzungen angekündigt worden waren, mussten im einst als Musterland der Eurozone geltenden Spanien 63 Prozent der Bevölkerung mit weit weniger als tausend Euro im Monat zurecht kommen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent und selbst von den Jugendlichen, die Arbeit haben, müssen 40 Prozent mit Zeitverträgen arbeiten. Selbst während der „fetten Jahre" sanken die Reallöhne, die nicht mit der Inflation mithielten. Anders gesagt geht es der Jugend in Spanien erstmals seit Jahrzehnten schlechter als ihren Eltern. Und die Armut nimmt zu: JedeR fünfte RentnerIn und jedes sechste Kind sind unterhalb der Armutsgrenze.

Nun hob trotz anderslautender Wahlversprechen die Regierung die Mehrwertsteuer kurzerhand auf 21% an, steigerte den verminderten Mehrwertsteuersatz von acht auf zehn Prozent, reduzierte die Hilfen für Arbeitslose, erhöhte die indirekten Steuern auf Energie, will die öffentliche Verwaltung reduzieren, und Teile der Sonderzahlungen für BeamtInnen streichen. Dafür bekommt der Spanische Staat Lob von der EU-Kommission, von Schäuble und von Merkel. Nicht aber von vielen Sektoren der ArbeiterInnenschaft, allen voran den BergarbeiterInnen, die gegen die Streichung von Subventionen für die Kohleindustrie – was den Tod fast aller Zechen des Landes bedeutet – auf die Straße gingen.

## Der Aufstand der BergarbeiterInnen: Radikale Methoden gepaart mit reformistischem Bewusstsein

Die Nachricht über die Subventionskürzungen für den Bergbausektor schlug wie eine Bombe ein. Die BergarbeiterInnen und ihre Familien verstanden, dass dies eine Kriegserklärung war, denn es ging um ihre Existenz und die ganzer Landstriche.

Trotz aller zuvor gemachten Vereinbarungen, die Kohleförderung bis 2018 laufen zu lassen und neue Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen, kündigte die Regierung dieses Jahr die sofortige Streichung von 64 Prozent der Subventionen (in etwa 300 Millionen Euro) an, was die Schließung der unrentablen Zechten bedeutet, also fast alle vierzig Zechen, von denen laut Gewerkschaftsangaben 8.000 Arbeitsplätze direkt und 17.000 indirekt abhängig sind[3]. Die Zukunftsperspektiven für die noch im Bergbau Beschäftigten und ihre Familien, die in den Bergbauregionen von Asturien, León, Aragón ausschließlich von dieser Aktivität abhängig sind, sind dunkel. Dies gilt umso mehr für die kommenden Generationen – denn im Spanischen Staat muss zum Beispiel mehr als die Hälfte der unter 34-Jährigen noch bei den Eltern leben, weil die Mieten zu hoch sind. Nicht mal das Auswandern in die Großstädte ist eine Perspektive, denn in Barcelona oder Madrid sind die Lebenshaltungskosten ähnlich hoch wie in Frankfurt oder München! Wer noch einen Beweis dafür suchte, den hat er: Arbeitslosigkeit und Misere sind das Einzige, was der Kapitalismus noch garantieren kann.

*Der Kampf war heldenhaft, die Kampfbereitschaft riesig, die angewandten Methoden wurden ebenfalls immer radikaler.*

Die Kumpels errichteten Straßensperren und es folgten harte Auseinandersetzungen mit der *Policía Nacional* (Nationalpolizei) und *Guardia Civil* („Zivilgarde", spanische paramilitärische Spezialpolizei). Streikende ArbeiterInnen verschanzten sich in den Bergwerken und die Frauen der BergarbeiterInnen protestierten lautstark im Senat, was ihnen große Sympathien in der Bevölkerung brachte. Etwa 200 BergarbeiterInnen machten sich auf den Weg nach Madrid, um die Regierung dazu zu bewegen, ihnen Gesprächsbereitschaft und Verständnis entgegen zu bringen. Dennoch lag ein Hauch von Rebellion in der Luft. Der Kampf war heldenhaft und die Kampfbereitschaft war riesig. Viele erinnerten sich an die Geschichten der Großeltern, die 1934 15 Tage lang eine „Republik der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen" in Asturien aufrechterhielten, bevor sie von republikanischen Truppen unter der Führung des damals noch unbekannten Generals Franco niedergemetzelt wurden, oder an die Geschichten der Eltern über das Jahr 1962, als die BergarbeiterInnen Asturiens mit einem riesigen Streik dem massenhaften Kampf gegen die Franco-Diktatur den Weg ebneten.

65 Tage lang hielt die Streikfront und die angewandten Methoden wurden immer radikaler. Dennoch blieben ihre politischen Forderungen leider weit hinter der Radikalität ihrer Methoden zurück.

Als die 200 BergarbeiterInnen vom „Schwarzen Marsch" in Madrid ankamen, wurden sie von Zehntausenden jubelnd empfangen. Es war ein triumphaler Einzug, der von Parolen wie „Wir sind alle BergarbeiterInnen" und „Sie vertreten uns doch" begleitet wurde (letztere war in Anlehnung an das Motto der Empörten-Bewegung, „Sie vertreten uns nicht", die an die bürgerlichen PolitikerInnen von PP und PSOE gerichtet war). Die Kumpels wurden somit in kürzester Zeit zu einem Widerstandsmodell für große Sektoren im Spanischen Staat angesichts der harten Kürzungen der mittlerweile verhassten Regierung.

Als die DemonstrantInnen durch die Straßen von Madrid marschierten und das Industrieministerium erreichten, um ihre Forderungen zu überbringen, wurden sie von der Bereitschaftspolizei brutal angegriffen. Die Regierung hatte am Vorabend der Ankunft des „Schwarzen Marsches" der BergarbeiterInnen in Madrid eine weitere Provokation geliefert, indem sie die bereits erwähnten Kürzungen in Höhe von 65 Milliarden Euro im Parlament ankündigte.

Hätte die Regierung gegenüber den Kumpels Schwäche gezeigt, hätte sie an Glaubwürdigkeit eingebüßt, was zur Folge gehabt hätte, dass zahlreiche andere Sektoren, die gleichfalls von den Sparmaßnahmen gebeutelt sind, ihrem Unmut Ausdruck verleihen würden, und sich nach dem Beispiel der BergarbeiterInnen gerichtet hätten. Die spanische Regierung, unterstützt von der EU und EZB und beflügelt von der demobilisierenden Politik der Gewerkschaftsführungen, griff hart durch, um den wegen ihres „revolutionären Temperaments gefürchteten Bergarbeitern von Asturien"[4] präventiv das Rückgrat zu bre-

3. „Die Unternehmen haben nach der Schließung von Minen Subventionen für das Schaffen anderer Arbeitsplätze in der Region bekommen. In der Regel haben sie damit Scheinfirmen aufgebaut, wieder geschlossen und so ein Vermögen gemacht. Diese Hilfen waren jedoch für die Diversifizierung der Wirtschaft in den Dörfern nach der Schließung der Mine, damit wir auch alternative Arbeitsplätze bekommen. Doch die Mehrheit der Unternehmen hat sich das Geld einfach eingesteckt." Interview: Bergarbeiterinnen im Streik. http://www.klassegegenklasse.org/interview-bergarbeiterinnen-im-streik/.

4. Der Spiegel: Vom Kardinal empfohlen. 6. Juni 1962. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45140378.html.



chen. Denn der Kampf der asturischen BergarbeiterInnen und ihrer Frauen entwickelte sich schnell zu einem Vorbild des Widerstandes gegen die Kürzungsorgie der Regierung. Hätte ein Sektor des Proletariats einen Sieg – auch einen Teilsieg – gegen die von den Bourgeoisien in Europa angeordneten Kürzungen errungen, die im Wesentlichen den Interessen des deutschen Kapitals entsprechen[5], hätte dieser beweisen, dass es doch eine Alternative zu Armut und Misere gibt, dass sich das Kämpfen lohnt, dass es möglich ist, die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, so würde das Auswirkungen in ganz Europa haben. Die Lehren dieses Kampfs müssen daher studiert und die Stärken und Schwächen ausgewertet werden, um sich auf die nächsten Kämpfe vorzubereiten, die bereits vor der Tür warten.

## Die Rolle der Gewerkschaftsführungen von CCOO und UGT

Aber die Rechnungen müssen wir mit dem Wirt machen, und in den ArbeiterInnenreihen heißt dieser „Gewerkschaftsbürokratie". Obwohl ihre Methoden immer radikaler wurden, war die größte Hürde der BergarbeiterInnen ihr reformistisches Bewusstsein, das von den Gewerkschaftsführungen kultiviert wird, die auf parlamentarische Initiativen der sozialdemokratischen PSOE setzten, um das Gesetzesprojekt über den allgemeinen Staatshaushalt abzulehnen, und darauf vertrauten, dass die SenatorInnen der konservativen Regierungspartei PP mit der Parteidisziplin brechen und sich ebenfalls weigern würden, dem Gesetz zustimmen. Das Ergebnis war, anders als von der Gewerkschaftsbürokratie gehofft, dass das neue Gesetz angenommen und die dagegen protestierenden Frauen von der Polizei aus dem Senat geworfen wurden – eine gute Schule über das Demokratieverständnis der bürgerlichen Parteien!

Als die BergarbeiterInnen in Madrid eintrafen, wäre es notwendig gewesen, auf die Provokationen der Regierung mit einer Radikalisierung des Konfliktes zu antworten, in die Offensive zu gehen, den Streik auf andere Sektoren auszuweiten, eine Streikkasse zu organisieren, die vereinzelten Streiks und Bewegungen zu koordinieren und schließlich den Generalstreik aufzurufen, um der Regierung das Handgelenk zu brechen. Jedoch war die Politik der Gewerkschaftsbürokratien der großen Gewerkschaftsverbände UGT und CCOO, die den Konflikt anführten, eine Politik der Demobilisierung und des Auslaufen-Lassens, um eine Radikalisierung zu verhindern. Sie riefen dazu auf, sich „geordnet zurückzuziehen" und auf die Provokationen der Polizei nicht zu antworten, obwohl es durchaus Kampfbereitschaft gab. Gleichzeitig setzten sie ihre Hoffnungen auf die Gespräche mit der Regierung und starteten ohnmächtige Kampagnen wie Unterschriftensammlungen. Sie organisierten auch vereinzelte Versammlungen in den Betrieben, statt öffentliche Massenversammlungen zu veranstalten – vor allem dort, wo sich die Müdigkeit und Demoralisierung unter den BergarbeiterInnen ausbreiteten, die das Ende des Konfliktes und eine schnell

*Statt zu den BergarbeiterInnen zu gehen, gingen die Chefs von CCOO und UGT Anfang Juli lieber zu Angela Merkel.*

Rückkehr zur Arbeit wollten.

Dadurch konnten sie in zweierlei Aspekten punkten: einerseits gaben sie sich demokratisch, andererseits führten sie eine selektive Demobilisierungskampagne durch, die die kämpferischen von den zurückhaltenden Belegschaften trennte. Darüber hinaus verfolgten sie eine zersetzende Politik der Versöhnung zwischen den Beschäftigten und den Bossen, um „gemeinsam die Zukunft der spanischen Kohle zu verteidigen". Dabei wurden sie von den Stadtverwaltungen der betroffenen Städte unterstützt, deren Einkünfte und Arbeitslage schon immer stark von der Kohle abhängig waren. Durch einen Diskurs der Aufrechterhaltung des Standortes wurde die Frage der Einheit der ArbeiterInnenklasse verschleiert.

Mit so einer Politik, die den Feind als Freund ausgibt, und als höchste Ebene des Kampfes auf Gespräche über die sozialverträgliche Zerschlagung der Kohleförderung setzt, ist es auch kein Wunder, dass sich Enttäuschung ausbreitete. Am 65. Tag des Streiks rief die Gewerkschaftsbürokratie dazu auf, den Streik „kurzfristig" zu beenden, um sich eine Verschnaufpause zu verschaffen und im September wieder zuzuschlagen. Seitdem ist nichts mehr von Streik zu hören.

Statt zu den BergarbeiterInnen zu gehen, gingen die Chefs von CCOO und UGT Anfang Juli lieber zu Angela Merkel, die eher bereit war, sich mit beiden zu treffen, als der spanische Regierungschef. Das haben Toxo und Méndez, wie die spanische Tageszeitung „El País" berichtete, als einen kleinen Erfolg gewertet (!), und Anfang August gingen sie auch zum Elefantenjäger Juan Carlos, König von Spanien, um sich beim Monarchen über die Sparpolitik der Regierung zu beklagen (!) und ein Referendum über den Sparkurs zu fordern. Gleichzeitig fordern UGT und CCOO gemeinsam mit dem DGB ein „umfassendes und langfristig angelegtes Konjunktur-, Wachstums- und Aufbauprogramm – eine Art Marshallplan für Europa"[6], um aus der Rezession herauszuwachsen.

5. Im konkreten Fall der Subventionsstreichungen für die spanischen Zechen, könnte Deutschland, angesichts des negativen energetischen Handelsüberschusses der spanischen Wirtschaft, seine Positionen als Energieexporteur ausbauen, und dabei Frankreich Marktanteile streitig machen, was einem Teil der Halbkolonisierungsbestrebungen Deutschlands für die europäische Peripherie entspricht. Einer der größten GewinnerInnen dürfte der Energiekonzern RWE werden, einer der größten Stromerzeuger aus Braunkohle in Europa, der nun einen neuen Absatzmarkt für seinen Strom gefunden haben wird.

6. Gemeinsame Erklärung von DGB, CCOO und UGT: Kurswechsel für Europa – jetzt! 6. September 2012. http://www.dgb.de/presse/++co++ef59e404-f806-11e1-b956-00188b4dc422.



## Die Rolle der gewerkschaftlichen Linken …

Außer durch manche Aufrufe zu Solidaritätsaktionen vereinzelter Organisationen hat sich die spanische Gewerkschaftslinke, bestehend aus kleineren linken Gewerkschaften und linken Flügeln der großen Verbände, bisher als unfähig erwiesen, eine Alternative zur Politik der großen Gewerkschaftsbürokratie aufzuzeigen. Sie haben weder zu Solidaritätsaktionen außerhalb der Bergbauregionen aufgerufen noch zur Förderung einer Streikkasse, die die BergarbeiterInnen initiierten.

Im schlimmsten Fall hat sich die Gewerkschaftslinke durch ihre Stille hervorgetan, im besten Fall durch die reine Beschreibung des Kampfes auf journalistischer Art und Weise. Ausnahmen bilden die kleine Demonstration der CNT in Barcelona und weitere Aktionen der asturischen Gewerkschaft CSI[7]. Die CGT[8], obwohl sie den BergarbeiterInnenstreik begrüßte, hatte keine Alternative zur politischen Orientierung der mehrheitlichen Gewerkschaftsverbände. Sie rief zwar zu „aktiver" Solidarität auf, beschränkte sich dabei aber auf die Unterstützung ohnehin stattfindender Versammlungen und Aktionen. Dabei hätte sie ihr Gewicht in den Regionen, wo sie stark ist, dazu benutzen können, schlagkräftige Solidaritätsaktionen zu starten.

## … und der politischen Linken

Die Rolle der politischen Linken in Spanien ist ebenfalls ziemlich traurig. Ein bemerkenswertes Beispiel lieferte die Gruppe *En Lucha* (Im Kampf). Die spanische Schwesterorganisation der britischen *Socialist Workers Party* und des deutschen Marx21-Netzwerks in der Linkspartei hatte eine eklektische Haltung zu diesem Streik mit verschiedenen Positionen, die nicht unterschiedlicher hätten sein können. Einerseits betont *En Lucha* die zentrale Bedeutung der ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt, hat aber auch kein Problem damit, Artikel von AktivistInnen der 15M-Bewegung zu veröffentlichen, die die Zentralität der ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess auf eine ästhetische Frage reduzieren, die „Klasse" zu „Leuten" machen oder an Stelle von „ArbeiterInnen" die „Gemeinden" treten. Diese AktivistInnen halten Überlegungen über die strategische Bedeutung des Kampfes der BergarbeiterInnen aus einer Klassenperspektive – wie etwa von den GenossInnen unserer Schwesterorganisation im Spanischen Staat, *Clase contra Clase* – für eine „Unterstützung der Bergarbeiter in subalterner und kriecherischer Haltung", womit letztlich eine politische Anbiederung an CCOO und UGT mittels eines gezierten Vokabulars begründet werden soll[9].

*Die neuen Generationen, die den Kampf aufnehmen, müssen aus diesen zahlreichen Erfahrungen lernen*

Gleichzeitig aber veröffentlicht *En Lucha* andere Artikel, die genau diesen Thesen widersprechen, ohne auf diese Verwirrung einzugehen. Statt für einen pro-proletarischen Pol zu kämpfen, tritt diese Gruppe in einem Block mit Sektoren auf, die auf der Suche nach neuen Subjekten, nach neuen Organisationsformen und neuen Ideologieformen sind. Doch wie wir über diese Suche geschrieben haben: *„Die Klassengesellschaft, die Ausbeutung, die Plünderung der armen Massen, der Imperialismus, die Unterdrückung bestehen aber weiterhin. Die Bourgeoisie als herrschende Klasse ist nach wie vor existent. Was sich ändert sind die Bedingungen des Kampfes, das Kräfteverhältnis, aber die Gegner, der Ursprung des Konfliktes und die Bedingungen für den Sieg sind immer noch da."*[10]

Doch statt eine solche These konsequent zu vertreten, bildet *En Lucha* praktisch einen prinzipienlosen Block. Dies ist Ausdruck der Anpassung an die Vorurteile, die über den revolutionären Marxismus herrschen, dessen Prinzipien mit denen der sowjetischen Bürokratie identifiziert werden. Das führt direkt zur politischen Anpassung dieser Gruppe an 15M-AktivistInnen, eine typisch zentristische Verwischung von politischen Gegensätzen, ohne es für nötig zu halten, die eigene Inkonsistenz zu begründen. Diese „Verwischung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Tendenzen" ist laut dem russischen Revolutionär Leo Trotzki typisch für zentristische Organisationen[11].

## Eine revolutionäre Antwort ist notwendiger denn je

Damit die Bevölkerung in Asturien, León und Navarra eine würdige Zukunft hat; damit die Arbeitslosenzahlen nicht noch weiter steigen, wie es in Deutschland in den einstigen Kohlerevieren im Ruhrgebiet geschah, wo ehemalige Bergbaustädte wie Duisburg oder Dortmund die höchsten Arbeitslosenzahlen im ganzen Bundesgebiet haben; damit das asturische Proletariat wieder eine Ehrenrolle in den nächsten Klassenauseinandersetzungen spielen kann, muss es seine Kampfkraft wieder erlangen. Es muss, wie die GenossInnen von *Clase contra Clase* sagen, zunächst den Ballast, den die versöhnlerische Gewerkschaftsbürokratie darstellt, abwerfen. Es muss den sozialen Dialog ablehnen und nur auf seine eigenen Kräfte vertrauen. Es müssen Kampforgane der breiten Basis entstehen, welche den Streik anführen. Es müssen Streikkomitees gewählt werden, die die Forderungen der Beschäftigten, nicht der Bosse, durchsetzen.

Solche Organe könnten einerseits einen Kampfplan aufstellen, andererseits ein Programm entwerfen für eine Lösung im Sinne der ArbeiterInnen, ihrer Familien und der verarmten Massen der Region. Eine solche Lösung würde mit der Verstaatlichung aller Zechen unter ArbeiterInnenkontrolle anfangen. Somit könnten die Beschäftigten sich der Kontrolle der Bosse entziehen und die staatlichen Subventionen selbst verwalten, damit die Beschäftigten und ihre Klassengeschwister eine Zukunft frei von Armut und Misere haben.

Das Proletariat im spanischen Staat kann stolz auf seine Kampftradition zurückblicken. Die neuen Generationen, die den Kampf aufnehmen, müssen aus diesen zahlreichen Erfahrungen lernen. Es ist eine unerschöpfliche Reserve, die von der bürgerlichen Ideologie als veraltet, überholt, unbrauchbar abgestempelt wird. Leider gibt es viele Sektoren, die sich als links verstehen, die sich diesem Dogma anschließen und die ArbeiterInnenklasse sowie ihre Methoden der Organisation und des

7. *Corriente Sindical de Izquierda* (CSI, Linke Gewerkschaftsströmung) ist eine asturische Gewerkschaft, die 1982 gegründet wurde und eine wichtige Rolle im Schiffbau und der Metallindustrie gespielt hat. Der Film *„Los lunes al sol"* (Montags in die Sonne) greift die Geschichte ihrer beiden Anführer auf.
8. Die *Confederación General del Trabajo* (CGT, Allgemeine Arbeitsföderation) ist eine reformistische, anarchosyndikalistische spanische Gewerkschaft. Sie entstand 1979 aus der CNT. Derzeit ist sie die größte anarchistische Gewerkschaft weltweit. Sie hat circa 60.000 Mitglieder und vertritt 2 Millionen ArbeiterInnen. Die CGT ist Mitglied der *International Libertarian Solidarity* und der Europäischen Föderation des alternativen Syndikalismus.
9. Gemeint ist der Artikel „15-Mineros" von Jorge Moruno. Siehe die Seiten von En Lucha: http://www.enlucha.org/site/?q=node/17352
10. Federico Gom: „La huelga minera y la izquierda". http://www.clasecontraclase.org/La-huelga-minera-y-la-izquierda
11. Leo Trotzki: Was nun? Kapitel 9. Zu Zentrismus siehe den Artikel auf S. 4 in dieser Ausgabe.



Kampfes ablehnen, wie zum Beispiel manche FreundInnen der bereits leise und ruhmlos gestorbenen Occupy-Bewegung in Frankfurt und Berlin das Proletariat als überholt, ja als ein Relikt der Vergangenheit, ansahen.

Wir RevolutionärInnen dagegen sind fest vom revolutionären Potential der ArbeiterInnenklasse überzeugt. Ein Blick in die Realität beweist dies. Zum Beispiel verursachte ein einziger Streiktag des Flugbegleitpersonals der Lufthansa den Herrschenden mehr Kopfschmerzen, als das Stilisieren des Campings zu einer weltverändernden Kampfform. Wir RevolutionärInnen müssen uns die besten Erfahrungen unserer Klasse zu eigen machen, sie kritisch aktualisieren und die besten Traditionen daraus wieder anzuwenden lernen.

Die GenossInnen unserer Schwesterorganisation *Clase contra Clase* (CcC) sowie die GenossInnen der Gruppierung *NO PASARAN* (NP), die aus einem revolutionären Flügel der 15M-Bewegung entstanden ist, haben, soweit es ihnen möglich war, die Kämpfe der BergarbeiterInnen begleitet und gemeinsam mit ihnen in verschiedenen Städten wie Madrid, Saragossa und Barcelona Solidaritätsaktionen durchgeführt.

Als marxistische RevolutionärInnen in Deutschland halten wir es für unsere elementare Pflicht, Solidarität mit den Kämpfen im Spanischen Staat zu organisieren. Dazu gehören nicht nur Kundgebungen und Veranstaltungen im „Herzen der Bestie“, sondern auch finanzielle und materielle Unterstützung für die revolutionäre Bewegung dort. Die GenossInnen von CcC und NP treten für ein alternatives Programm zur Gewerkschaftsbürokratie und zur reformistischen und zentristischen Linken ein, um die Zurückeroberung der Gewerkschaften aus den Klauen der Gewerkschaftsbürokratie voranzutreiben: ein Programm der Klassenunabhängigkeit, um die Weichen für die Schaffung einer revolutionären Partei der ArbeiterInnen und der Jugend zu stellen.

Wir müssen Solidarität mit den Kämpfen der Lohnabhängigen überall dort üben, wo sie den Kampf gegen ihre und unsere Bourgeoisie aufnehmen, wie heute in Griechenland oder im Spanischen Staat, wo Sektoren der Massen sich den von unserer imperialistischen herrschenden Klasse gemeinsam mit den griechischen und spanischen Bourgeoisien initiierten Angriffen widersetzen. Denn wenn es auch Konflikte zwischen den Bourgeoisien dieser Länder gibt, wollen sie alle die Krise auf die ArbeiterInnenklasse abwälzen. Daher ist der Widerstand der spanischen und griechischen ArbeiterInnen und Jugend nicht zu trennen von unserem Widerstand gegen unsere eigene Bourgeoisie in Deutschland.

Wir müssen die rassistische und chauvinistische Hetze gegen die so genannte „Südländer“ bekämpfen; wir müssen den Diskurs über den sozialen Frieden, wie von der Gewerkschafts-

*Wir halten es für unsere elementare Pflicht, Solidarität mit den Kämpfen im Spanischen Staat zu organisieren.*

bürokratie propagiert wird, als Augenwischerei entlarven; wir müssen die natürlichen Organe der ArbeiterInnenklasse, die Gewerkschaften, in Kampforgane unserer Klasse verwandeln, die die Interessen dieser internationalen Klasse über alle Landesgrenzen hinweg verteidigt. Wir müssen all diejenigen politisch bekämpfen, die sich der Sozialdemokratie nach wie vor anbiedern, denn dadurch verhindern sie die Entstehung und Entwicklung von revolutionären Tendenzen in der ArbeiterInnenbewegung.

Denn es gilt nach wie vor: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

*Bild unten: Die Gruppierung „NO PASARAN“ begrüßt die BergarbeiterInnen, als sie in Madrid ankommen:* ***„Verstaatlichung der Minen unter ArbeiterInnenkontrolle!“***

## ZUM WEITERLESEN

Interview: Bergarbeiterinnen im Streik
➟ **www.klassegegenklasse.org/interview-bergarbeiterinnen**

Website von *Clase contra Clase* (auf Spanisch)
➟ **www.clasecontraclase.org**

Cynthia Lub und Santiago Lupe: La agudización de la crisis económica y política, y la emergencia de la lucha de clases (aus *Estrategia Internacional* Nr. 28, auf Spanisch)
➟ **www.ft-ci.org/IMG/pdf/EI28_Estado_espanol.pdf**




NACIONALIZACION DE LAS MINAS BAJO CONTROL OBRERO NO PASARAN

KLASSE GEGEN KLASSE




## Ein Projekt für Studierende

Unter dem Titel „Waffen der Kritik" erscheint seit dem vergangenen Sommersemester regelmäßig ein marxistisches Flugblatt an der Universität Potsdam und der FU Berlin. Herausgegeben wird es von unabhängigen Studierenden in Zusammenarbeit mit RIO. In bisher fünf Ausgaben wurden vor allem nationale und internationale Kämpfe der ArbeiterInnenklasse, insbesondere die Situation in Griechenland, und die notwendige Solidarität zwischen der Jugend und den ArbeiterInnen thematisiert. Das Projekt folgt dabei der Idee, dass sich ein revolutionäres Flugblatt für Studierende nicht auf Uni-Politik beschränken darf.

Dies gilt auch für die wenigen und leider relativ begrenzten Kämpfe der Studierenden, die zuletzt geführt wurden: An der FU gegen die Änderung der „Rahmenstudien- und Prüfungsordnung" und in Potsdam gegen die vorgeschlagene Schließung der Juristischen Fakultät. Dort intervenierten die AktivistInnen von „Waffen der Kritik" und versuchten, Solidarität zwischen Studierenden und Beschäftigten als einen notwendigen Schritt zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu propagieren. Statt sich auf „runde Tische" mit Uni-Leitung oder PolitikerInnen einzulassen, wurde argumentiert, dass sich nur durch gemeinsamen und konsequenten Widerstand Veränderungen erreichen lassen.

Im kommenden Semester soll „Waffen der Kritik" auch regelmäßig in München erscheinen und so von AktivistInnen aus verschiedenen Städten getragen werden. Die politische Ausrichtung der Artikel und Aktionen muss dabei nicht zwingend der von RIO entsprechen, da inhaltliche Fragen von allen Beteiligten gemeinsam diskutiert und beschlossen werden. So wird es für interessierte AktivistInnen möglich, gemeinsame Erfahrungen mit einer revolutionären Organisation zu machen, ohne mit jedem Aspekt der Politik übereinstimmen zu müssen. Der Aufbau einer solchen Gruppierung soll auch ein erster Schritt zur langfristigen Etablierung einer revolutionären Strömung an den Universitäten darstellen, die in der Lage ist, der Hegemonie bürgerlicher Ideologie an den Unis etwas entgegenzusetzen und das Bewusstsein zu schaffen, dass Solidarität zwischen Studierenden und ArbeiterInnen für beide Seiten unverzichtbar ist. *th*




## Ein Projekt für SchülerInnen

Seit April 2011 sind 13 Ausgaben der linken SchülerInnenzeitung „Red Brain" erschienen[1]. Das Konzept dieser Zeitung ist, im Sinne der sowjetischen Strategie, SchülerInnen Erfahrungen mit Selbstverwaltung machen zu lassen. Die Gruppe „Red Brain" wuchs seit ihrer Gründung und einige GenossInnen näherten sich RIO durch Diskussionen und eine gemeinsame Praxis immer weiter an, was zu einer Steigerung des politischen Niveaus des Flugblattes führte. So gibt es mittlerweile regelmäßige Glossarartikel, die marxistische Begriffe erläutern. Diese entstehen aus Diskussionen auf den offenen Treffen und dem Lesekreis, bei dem unter anderem das Übergangsprogramm gelesen wurde.

Red Brain gewann an Popularität, wodurch sich dem Projekt in den letzten Monaten neue Möglichkeiten zur Entwicklung eröffneten. Eine Gruppe von SchülerInnen des Immanuel-Kant-Gymnasiums, der ABIK[2], hatte Interesse daran, die Zeitung auf ihre Schule auszuweiten. Gleichzeitig haben SchülerInnen der Freien-Waldorfschule-Kreuzberg ein eigenes, von uns unterstütztes, Zeitungsprojekt gestartet[3].

Wichtig ist nun, dass die AktivistInnen gemeinsame Erfahrungen sammeln, um die Projekte mit dem Ziel einer größeren Gruppierung zu verbinden. Das politische Programm dieser Gruppe muss auf den politischen Übereinstimmungen basieren, sollte diese aber gleichzeitig herausfordern, um einen Diskussionsprozess zu ermöglichen. Strategisch streben wir dabei den Aufbau einer revolutionären und kämpferischen Jugendorganisation an, die die fortschrittlichen Kämpfe der ArbeiterInnenklasse unterstützt. Die konkreten Aufgaben der nächsten Zeit sind, neben der Herausgabe von Red Brain eine gemeinsame Praxis zu entwickeln, sowie ein Programm zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. *mk*

1. Zur Entstehung von Red Brain, siehe den Artikel: „Ein Rotes Gehirn für die Schule" in Klasse Gegen Klasse Nr. 2. http://www.klassegegenklasse.org/ein-rotes-gehirn-fur-die-schule/
2. Antifaschistischer Bund Immanuel Kant
3. http://www.klassegegenklasse.org/neue-schulerinnenzeitung-banana-republic/

# Zum 72. Todestag Leo Trotzkis:

Vor 72 Jahren, am 21. August 1940, verstarb der russische Revolutionär Lew Dawidowitsch Bronstein, besser bekannt unter seinem Pseudonym Trotzki. Am Tag davor war er von einem Agenten des stalinistischen Geheimdienstes in seinem mexikanischen Exil tödlich verletzt worden. Doch Stalins Unterdrückungsapparat konnte den Vorsitzenden des Petrograder Sowjets und den Gründer der Roten Armee nicht aus der Geschichte löschen (wie es auf so vielen Fotoaufnahmen versucht wurde), denn die Ideen des Bolschewismus, die er trotz der stalinistischen Degeneration der Sowjetunion fortsetzte, lebten weiter: nicht nur in seinen Schriften sondern auch in der am Vorabend des Zweiten Weltkrieges gegründeten Vierten Internationale. Doch obwohl Trotzki gerade viele Analysen über den Klassenkampf in Deutschland und den Kampf gegen den aufsteigenden Faschismus lieferte, sind seine Schriften in Deutschland relativ schwer zugänglich. Deswegen möchten wir ein neues Projekt, das „Trotzki-Archiv", vorstellen:

Das „Trotzki-Archiv" ist ein Projekt von Mitgliedern von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, und unabhängigen AktivistInnen, um Schriften von Leo Trotzki in deutscher Sprache einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Wir wollen kostengünstige Ausgaben von wichtigen Broschüren Trotzkis herausgeben, damit ArbeiterInnen und Jugendliche sich besser mit seinen Analysen des Faschismus, des Stalinismus, der kapitalistischen Krise usw. auseinandersetzen können. Diese Texte werden wir auch in verschiedenen Formaten im Internet anbieten. Für diese Arbeit benötigen wir Unterstützung jeder Art: Korrektur, Transkripti-






## 2. Kongress der PTR

Vom 14-16. Juli versammelten sich fast 200 Delegierte und Gäste in Santiago für den zweiten Kongress der Partei Revolutionärer ArbeiterInnen (*Partido de Trabajadores Revolucionarios*, PTR). Das Jahr 2011 in Chile war geprägt durch den massiven Kampf der chilenischen Jugend für kostenlose Bildung, aber auch bei anderen Sektoren gab es tiefe Unzufriedenheit mit dem Regime, das von der Pinochet-Diktatur geerbt wurde, wie auch durch regionale Aufstände in Magallanes y Aysén deutlich wurde. Auch wenn die permanente Mobilisierung des letzten Jahres durch staatliche Repressionen und die versöhnlerische Führung der Bewegung (vor allem von der Kommunistischen Partei) unterbrochen wurde, waren auf der letzten Bildungsdemonstration in Santiago 150.000 TeilnehmerInnen.

Vor diesem Hintergrund konnte die chilenische Sektion der FT-CI, in dem sie sich den Kampf für kostenlose Bildung bis zum Ende auf die Fahnen schrieb, die kämpferischsten Sektoren der Bewegung um sich sammeln. Während die bürokratische Führung um Camila Vallejo eine Politik des „Dialogs“ ohne Ergebnisse verfolgte, sahen Teile der Avantgarde den kämpferischen Trotzkismus als Alternative. Der Kongress machte das deutlich, nicht so sehr wegen der Zahl der TeilnehmerInnen sondern weil darunter führende AktivistInnen der Protestbewegung waren – zum Beispiel der linke Rapper Zonyko, der in die PTR eintrat. Sichtbar war auch eine anfängliche Arbeit in der ArbeiterInnenbewegung, mit Delegierten aus der Industrie in Santiago oder dem Bergbau in Antofagasta.

Seit der Linken Opposition in den 30er Jahren war der Trotzkismus in Chile nie eine Massenkraft. Die Aufgabe nicht nur der PTR sondern der gesamten FT-CI ist es, diese Tradition neu zu etablieren. Mit den neuen Kräften, die im letzten Jahr gewonnen wurden, steht die PTR vor der Herausforderung, eine wirkliche Partei der ArbeiterInnen und Jugend Chiles aufzubauen, die mit den Lehren des Klassenkampfes in Chile und international in jedem Kampf mit einer revolutionären Politik intervenieren kann. *wf*

Artikel auf Spanisch: http://www.ft-ci.org/article.php3?id_article=5625?lang=es




## 3. Kongress der LER-QI

Vom 19. bis zum 21. August nahmen fast 200 Delegierte und Gäste am dritten Kongress der *Liga Revolutionäre Strategie – Vierte Internationale* (LER-QI) in Brasilien teil. Derweilen erlebt das größte Land Lateinamerikas das Ende des wirtschaftlichen Wachstums und der relativen sozialen Ruhe, die die Präsidentschaft von Lula markierten. Die aktuelle Regierung der sozialdemokratischen PT macht einen Rechtsruck samt Privatisierungsplänen und Angriffen auf die Rechte der ArbeiterInnen. Brasiliens Exportstärke schien die Regionalmacht bisher von der weltweiten kapitalistischen Krise zu verschonen. Doch Krise und ArbeiterInnenproteste beginnen auch Brasilien von neuem zu zeichnen.

Die brasilianische Sektion der FT-CI leistete in den letzten Jahren ideologische Arbeit und politische Interventionen in den Sektoren, die in diesem reaktionären Kontext gekämpft haben. So führt die Gruppe die Gewerkschaft der nicht akademischen Beschäftigten der Universität von Sao Paolo, der größten Uni des Landes, Dadurch hatte sie maßgeblichen Einfluss auf den Kampf der prekarisierten ReinigerInnen an der Universität. Sie konnte außerdem ihre politische Arbeit bei den Beschäftigten der U-Bahn von Sao Paolo, im Industriegürtel rund um die Stadt und auch in den Favelas (Armenvierteln) etablieren. Auf dieser Grundlage beschloss der Kongress, eine große Kampagne gegen die anstehenden Angriffe der Regierung zu starten.

Der Trotzkismus in Brasilien ist, ähnlich wie in Argentinien oder Frankreich, eine bedeutende Kraft der radikalen Linken, doch haben sich die einflussreichsten Organisationen der bürgerlichen Realität stark angepasst. So etwa die PSTU, die ihre Arbeit auf die Gewerkschaftsbürokratie ausrichtet, oder die PSOL, eine rein reformistische Wahlpartei, die aber von verschiedenen trotzkistischen Strömungen unterstützt wird. Die LER-QI bemüht sich, eine unabhängige revolutionäre Tradition neu zu gründen, und stützt sich vor allem auf sehr junge AktivistInnen – die Mehrheit der Leitung ist weniger als 30 Jahre alt. Aber es gibt auch einige Mitglieder, die über einige Jahrzehnte Erfahrung in revolutionärer Politik verfügen. *wf*

Artikel auf Spanisch: http://www.ft-ci.org/article.php3?id_article=5712?lang=es

# Das „Trotzki-Archiv“

on, Übersetzung sowie finanzielle Spenden. Beteiligt euch an der Arbeit des „Trotzki-Archivs“, um zentrale Lehren aus den revolutionären Prozessen des 20. Jahrhunderts zu verbreiten, damit wir die revolutionären Prozesse des 21. Jahrhunderts besser meistern können.

Eine erste Broschüre des „Trotzki-Archivs“, das „Übergangsprogramm“ von 1938, ist schon erschienen. Weitere Veröffentlichungen in den nächsten Monaten sind in Planung.

Veranstaltungen zum 72. Todestag Trotzkis gab es von der FT-CI in Mexiko, Argentinien, Venezuela, Chile, Bolivien und Uruguay. Berichte davon in spanischer Sprache gibt es hier: http://www.ft-ci.org/mot.php3?id_mot=78

Diese Neuauflage des Übergangsprogramms ist gegen eine Spende bei RIO erhältlich. Den Text gibt es auch in verschiedenen Formaten auf der Website.




KLASSE GEGEN KLASSE

## „Das Übergangsprogramm“: trotzkismus.wordpress.com

# Sommerakademie von RIO

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Eine Diskussion auf dem Campingplatz geht wieder bis spät in die Nacht

Vom 2.-5. August versammelten sich Mitglieder und SympathisantInnen der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) an einem Campingplatz in der Nähe von Berlin, um über die brennendsten Fragen des internationalen Klassenkampfes und der revolutionären Theorie zu diskutieren. Auch GenossInnen von unserer internationalen Strömung, der Trotzkistischen Fraktion (FT), aus Paris und Barcelona waren dabei.

Von einem „Sommercamp" zu sprechen, wäre allerdings etwas irreführend, da relativ wenig Zeit am Strand verbracht werden konnte – was nicht nur am schlechten Wetter inklusive Hagel lag, sondern vor allem an einem sehr ambitionierten Programm. So wurde bis spät in die Nacht im Gruppenzelt diskutiert, und selbst als der Beamer aus- und die Musikanlage angemacht wurde, gingen die politischen Debatten weiter.

Die inhaltliche Achse der Sommerakademie war die Frage der programmatischen Strategie, die anhand von einem Buch Leo Trotzkis, „Die Dritte Internationale nach Lenin"[1], oder auch des Interviews mit Emilio Albamonte über eine Schulung in Buenos Aires [2] diskutiert wurde. Viele SozialistInnen heutzutage verfolgen keine bewusste Strategie: sie bauen diese oder jene Bewegung auf und hoffen, dass etwas dabei herauskommt. Dagegen geht der Marxismus der frühen Dritten Internationale, der von Trotzki weiterentwickelt wurde, davon aus, dass jede Taktik einer Strategie untergeordnet werden muss.

RIO und die Trotzkistische Fraktion orientieren sich an einer „sowjetischen Strategie" (nach dem russischen Wort „Sowjet" für „Rat"), die in jedem noch so kleinen Kampf die Herausbildung von räteähnlichen Strukturen der Selbstorganisierung vorantreibt und diese auf einen revolutionären Zusammenstoß mit dem bürgerlichen Staat vorbereitet.

Diese sowjetische Strategie wurde auch anhand von konkreten Beispielen diskutiert, etwa des großen Streiks der Lebensmittelfabrik Kraft-Terabussi im Norden von Buenos Aires im Jahr 2009[3]. In diesem Streik gegen politisch motivierte Entlassungen konnte die trotzkistische Organisation PTS (argentinische Sektion der FT) die Mehrheit der Belegschaft um sich scharen, in dem sie stets für die demokratische Selbstorganisierung des Kampfes eintrat.

Die Auswertung des Streiks bei Kraft bildete auch eine Überleitung zu einer besonders langen Debatte über die Perspektiven für revolutionäre Arbeit in der ArbeiterInnenklasse in Deutschland. RIO ist noch eine ziemlich junge Gruppe. Aber ausgehend von Erfahrungen anderer FT-Gruppen – und nach unserer Intervention beim Streik an der CFM letztes Jahr – gab es viele Überlegungen darüber, wie eine revolutionäre Organisation Einfluss in den Betrieben gewinnen kann.

Als Beispiel dafür konnten die GenossInnen, die aus Barcelona angereist waren, über ihre Interventionen in der 15M-Bewegung („Echte Demokratie Jetzt!") im Spanischen Staat berichten. Die trotzkistische Gruppe „Clase Contra Clase" konnte dort durch eine entschlossene Intervention im Sinne einer Orientierung auf die ArbeiterInnenbewegung und eines revolutionären Umsturzes die fortschrittliche Elemente aus der Bewegung um sich sammeln. Daraus ist die revolutionäre Gruppierung „NO PASARÁN" entstanden, die sich immer mehr dem Trotzkismus nähert. Wie ein Genosse bemerkte, ist das eine erstaunliche Entwicklung aus einer Bewegung heraus, die sich die Ablehnung von Parteien und politischen Organisationen auf die Fahnen schrieb.

In einem weiteren Workshop ging es um revolutionäre Arbeit unter Frauen, die bei RIO trotz einiger fortschrittlicher Ansätze[4] noch in den Kinderschuhen steckt. Hier versuchten wir zuerst, ein Verständnis von Geschlecht zu entwickeln, das nicht von einem vermeintlich natürlichen Verhältnis ausgeht, sondern die sozialen Beziehungen dahinter untersucht. Dann konnten wir die Erfahrungen sowohl der revolutionären Kommunistischen Internationale wie auch der FT, die die revolutionäre Frauenorganisation Pan y Rosas[5] in verschiedenen Ländern aufbaut, heranziehen, um zu einer Diskussion über das Verhältnis zwischen Geschlecht und Klasse zu kommen. Schließlich sammelten wir auch erste Ideen, über mögliche Methoden kontinuierliche Arbeit unter lohnabhängigen Frauen und lohnabhängigen Menschen mit anderen, unterdrückten Geschlechtern.

Zum Schluss gab es auch einen Versuch, die Geschichte der trotzkistischen Bewegung in Deutschland zu analysieren. In einer sehr langen Powerpoint-Präsentation gab es nicht nur eine Liste von Kleinstgruppen, sondern auch eine Analyse der trotzkistischen Bewegung sowohl mit Tendenzen zur Anpassung und Liquidation als auch – manchmal – zu größerer Klassenunabhängigkeit. Auch wenn wir die trotzkistische Bewegung der Nachkriegszeit für zentristisch halten, müssen wir ihre Geschichte kritisch aufheben, um eine wirklich revolutionäre Tradition in Deutschland etablieren zu können. Nach dieser ersten Annäherung gab es viele Ideen, wie wir diese historische Arbeit fortsetzen können.

Insgesamt bedeutete diese Sommerakademie einen großen Schritt für RIO als Teil der FT. Sie war nicht nur qualitativ besser als die Akademie letztes Jahr sondern auch deutlich größer. Besonders auffällig war das hohe Niveau von sehr jungen GenossInnen, die sich erst im Laufe des letztes Jahres RIO angeschlossen haben. Im kommenden Jahr werden wir, gemeinsam mit neuen AktivistInnen und beflügelt von den Ideen aus den Diskussionen, unsere Interventionen bei ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierenden ausweiten. Das dient nicht nur dem Aufbau einer Sektion der Trotzkistischen Fraktion in Deutschland, sondern vor allem dem Wiederaufbau der Vierten Internationale als Weltpartei der Sozialistischen Revolution.

1. Leo Trotzki: Die Dritte Internationale nach Lenin. Essen 1993.
2. Abgedruckt in Klasse gegen Klasse Nr. 3: http://www.klassegegenklasse.org/taktik-und-strategie-in-der-epoche-des-imperialismus/
3. http://www.klassegegenklasse.org/arbeiterinnen-vs-reichster-mann-der-welt/).
4. http://www.klassegegenklasse.org/internationaler-frauenkampftag/
5. http://www.panyrosas.org/ (auf Spanisch)

## KLASSE GEGEN KLASSE

… ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, sympathisierende Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.




**Nr. 3. Ein Kontinent im Aufruhr – ein Land als Ausnahme?** Schwerpunkt: Trotzkis Marxismus – Taktik und Strategie
*32 Seiten – 2 €*




**Nr. 2. Neue Bewegungen und alte Gespenster** Schwerpunkt: Trotzki und Gramsci – ein posthumer Dialog
*56 Seiten – 2,50 €*




**Nr. 1. Eine Zeit von Krisen, Kriegen und Revolutionen** Schwerpunkt: An den Grenzen der bürgerlichen Restauration
*60 Seiten – 2,50 €*




**WAFFENDERKRITIK**
regelmäßiges Flugblatt an der Uni von RIO und unabhängigen Studierenden
*waffenderkritik.wordpress.com*

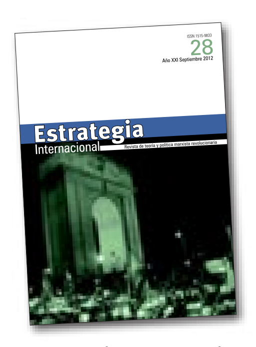





**Red Brain**
linke SchülerInnenzeitung von einer unabhängigen SchülerInnengruppe
*redbrain.blogsport.de*

## SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! (*„Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!"* – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).




**Estrategia Internacional** Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
*Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!*




**Streik gegen Prekarisierung** Das „Schwarzbuch CFM-Streik" – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
*36 Seiten – 2 €*




**Zanon gehört den ArbeiterInnen!** Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
*20 Seiten – 1 €*

**ABOS:** Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.
Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
**normales Abo:** 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

**KONTAKT: info**@klassegegenklasse.org
**berlin**@klassegegenklasse.org; **fu**@klassegegenklasse.org; **potsdam**@klassegegenklasse.org; **muenchen**@klassegegenklasse.org; **saarbruecken**@klassegegenklasse.org; **zuerich**@klassegegenklasse.org

**www.KLASSEGEGENKLASSE.org**

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation




KLASSE gegen KLASSE
www.klassegegenklasse.org
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 4 – September/Oktober 2012
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf
Prekarisierung in der BRD
Von zunehmend unsicheren Arbeits-
verhältnissen profitiert das Kapital
Wahlen in Griechenland
Die linksreformistische Partei SYRIZA
wird stärker, die Nazis aber auch
Sommerakademie
Bericht vom Sommercamp von RIO,
das Anfang August in Berlin stattfand
Kampf der Kumpel
im Spanischen Staat
65 Tage lang haben BergarbeiterInnen in den Provinzen Asturien,
León und Navarra gekämpft. Das bedeutet nicht nur eine Fort-
setzung der großen Kämpfe in den Bergwerken in den Jahren
1934 (Bild) oder 1961, sondern ein Beispiel für die Kämpfe
gegen die Auswirkungen der Krise im Jahr 2012.
RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale